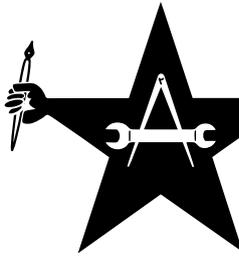


INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU BERLIN



# AstAinfo<sup>30</sup>



ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS  
TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 30  
APRIL 2016

**Krieg  
Flucht  
Erinnerung**

**Außerdem:**

**Viertelparität**

**Nachhaltigkeitsrat**

**Campusumgestaltung**

**Studi-Tarifvertrag**

**Bau-Ing-Studium**

**Arbeit im Kuratorium**

**Initiative: Berlin für Alle**

**Religion & Universität**

**Let's end Rape Culture**

# Was ist der AStA?

## DER ALLGEMEINE STUDIERENDENAUSSCHUSS, KURZ ASTA, VERTRITT DIE STUDENTISCHEN INTERESSEN AN DER UNIVERSITÄT.



Vor allem hilft der AStA Studierenden dabei, sich zusammenschließen und ihre Rechte gegenüber der Hochschule und anderen Stellen durchzusetzen.

Der AStA führt die Geschäfte der verfassten Studierendenschaft, die ihn über das Studierendenparlament (StuPa) wählt. Die verfasste Studierendenschaft ist im Berliner Hochschulgesetz verankert. Sie wird von den Student\*innen selbst finanziert über den Studierendenschaftsbeitrag von 9,10 Euro pro Semester. Dadurch kann der AStA sich viel unabhängiger für Studi-Interessen einsetzen als zum Beispiel Uni-finanzierte Studienberatungen oder parteinahe Studierendenorganisationen.

Intern ist der AStA TU Berlin durch Kollektive strukturiert, in denen Angestellte, Gewählte und andere Aktive auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen Großteil davon machen die themenbezogenen Referate aus. Diese bestehen in der Regel aus durch das StuPa benannten Referent\*innen und anderen Freiwilligen. Daneben gibt es noch die Service-Kollektive des AStA wie Beratungen, Technikpool und Verwaltung.

Wenn du mehr wissen willst, schau dich doch etwas in diesem AStA-Info um, komm in den AStA-Räumen im TK-Gebäude vorbei oder beehre uns im Internet!

### INHALT

#### Aktuelles

- 4 Nachhaltigkeitsrat, Viertelparität
- 5 Campus-Umbau
- 6 Semesterticket, Akademiker für den Frieden

#### Berichte

- 7 Studieren als Bauingenieur\*in
- 8 2 Jahre Kuratorium
- 9 Lohnerhöhung für Tutor\*innen?

#### Flucht & Ankommen

- 10 Studium für Geflüchtete
- 12 Hintergrund: Asylrecht
- 13 Aufruf: Jugend gegen Rassismus

#### Hochschule und NS

- 16 Erinnerung an Günther Fuchs
- 17 Unvollständige Aufklärung
- 19 Ausstellung: Opfer rechter Gewalt

#### Bewegung

- 20 Berlin für alle!
- 21 Stadtpolitische Konferenz an der TU
- 22 Landwirtschaft - Krisenwirtschaft?
- 23 3D-Druck, Cryptoparties, Freifunk

#### Feuilleton

- 24 Rezension: Ambivalenzraum Universität
- 25 Kommentar: Religion - Universität - Kapitalismus
- 26 Frauenreferat: Let's end rape culture! & Termine

# 70 Jahre TU-Berlin 30 Ausgaben AStA-Info

**A**m 9. April wird die TU Berlin 70 Jahre alt. Mit der Wiedereröffnung der ehemaligen Technischen Hochschule unter neuem Namen verband man nicht nur eine Erweiterung des Bildungsauftrages auf die humanistischen Fächer, sondern auch einen Bruch mit der Vergangenheit. Mit jener Hochschule, die sich als gleichgeschaltete Institution an der Diskriminierung und Verfolgung von Jüd\*innen, Kommunist\*innen und anderen unliebsamen Personengruppen beteiligt hatte und deren „Wehrtechnische Fakultät“ die Ingenieurwissenschaften gänzlich in den Dienst der nationalsozialistischen Raub- und Eroberungszüge stellte, sollte die neue TU nichts mehr zu tun haben. Als praktische Schritte folgten die Einführung eines obligatorischen humanistischen Studiums für Ingenieur\*innen und die Verpflichtung, dass Forschung und Lehre nur zivilen Zwecken dienen solle – damals eine Bedingung der Alliierten. Von beidem ist leider nur wenig geblieben: Die geisteswissenschaftlichen Institute der TU sind heute größtenteils abgewickelt und die sogenannte Zivilklausel an der TU ist nicht mehr als ein Papiertiger (siehe diverse Berichte aus vergangenen Ausgaben).

Mit der Geschichte der TU – während und nach dem Nationalsozialismus – beschäftigen sich zwei Artikel im aktuellen Heft: Der eine mit der bis heute andauernden Aufarbeitung der Verstrickung Berliner Hochschulen in die NS-Verbrechen und einer mit der Verfolgung des damaligen TH- Studenten Günther Fuchs und seiner Familie (Seite 16).

Angesichts weltweiter Kriege ist Flucht und Verfolgung auch heute wieder ein drängendes Thema. Deshalb wollen wir euch nicht nur auf den Seiten 10 bis 13 einen Einblick in die rechtliche und finanzielle Situation von Geflüchteten in Deutschland und an der TU geben, sondern euch auch herzlich einladen am 3. Mai zur Studentischen Vollversammlung im ER270 zu kommen. Dort wollen wir gemeinsam nach Möglichkeiten suchen um unseren neuen Kommilitonen den Studieneinstieg zu erleichtern.

Ansonsten findet ihr wie immer Geschichten aus dem Universitätsalltag, aktuelle hochschulpolitische Themen und einige Anregungen dazu, wie ihr selbst auf dem Campus politisch aktiv werden könnt.

Cheers und auf die nächsten 30 Ausgaben,  
Euer AStA-Info

## Das AStA-Info

Das AStA-Info wird semesterweise herausgegeben vom Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA) der Technischen Universität Berlin, vertreten durch den\*die Vorsitzende\*n. Die Gestaltung erfolgt durch das Öffentlichkeitsreferat.

Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA oder gar der ganzen Studierendenschaft wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den Fotograf\*innen.

Wenn ihr Artikel fürs nächste AStA-Info schreiben wollt, Anregungen oder Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA!

» [asta.tu-berlin.de/asta/oeffref](http://asta.tu-berlin.de/asta/oeffref)

## Anschrift

» AStA TU Berlin (Sekt. TK 2)  
Straße des 17. Juni 135  
10623 Berlin

## Web

» [presse@asta.tu-berlin.de](mailto:presse@asta.tu-berlin.de)  
» [astatu.berlin](http://astatu.berlin)  
» [twitter.com/astatu](https://twitter.com/astatu)

## Diese Ausgabe

» Redaktionsschluss: 30. März 2016  
» Drucklegung: 5. April 2016  
» Druck: AStA FU-Berlin Druckerei  
» Auflage: 3000 Stück  
» Umsetzung: Öffentlichkeitsreferat  
» Dank an: Benny, Bonnie, Charly, Feres, Flo, Hannah, Jasmin, Jonny, Max, Nils B. der Erste, Pat, Patty, Philipp, Stefan, Tom



## Viertelparität: Mehr Demokratie für die TU-Berlin?

Seit Einführung der sogenannten Gruppenuniversität (Mitglieder der TU lassen sich für ihre jeweilige Statusgruppe wählen und vertreten sie in den Universitätsgremien - entweder als Studierende\*r, wissenschaftliche\*r Mitarbeiter\*in, Prof oder als „Sonstige\*r Mitarbeiter\*in“) herrscht an der TU und an den meisten deutschen Universitäten das Prinzip der absoluten Professorenmehrheit mit einer Sitzverteilung von 10:10:10:31 Sitzen für die jeweilige Statusgruppe. Dies betrifft alle wesentlichen Gremien, vom Akademischen Senat bis zu den Fakultäts- und Institutsräten.

Seit langem kritisieren Studierende, Angehörige der anderen unterrepräsentierten Statusgruppen sowie einige Profs dieses Ungleichgewicht und fordern eine paritätische Sitzverteilung, genannt Viertelparität (dies entspricht einer Sitzverteilung von 15:15:15:15).

Im Rahmen einer Überarbeitung der Grundordnung der TU im Erweiterten Akademischen Senat (EAS - zuständig für besagte Grundordnung und die Wahl des Präsidiums) hatte vor 2 Jahren ein Antrag auf Einführung von Viertelparität in das Gremium Erfolg. Der amtierende TU-Präsident Steinbach erklärte diesen Beschluss jedoch, Kraft seines Amtes, mit dem Hinweis auf die Einschätzung eines Sachbearbeiters der Berliner Senatsverwaltung und ohne weitere juristische Prüfung, für nichtig.

Eine Klage gegen diese Vorgehen, die von mehreren EAS-Mitgliedern aller Statusgruppen geführt wurde, endete im Sommer 2015 ergebnislos, da die Klagenden nicht klageberechtigt seien.

Diesen Sommer soll erneut über die Viertelparität im EAS abgestimmt werden und der mittlerweile im Amt befindliche Präsident Thomsen versprach, anders als sein Vorgänger, die Entscheidung zu akzeptieren. Die Sitzung ist für den 15. Juni geplant. Wie alle Gremiensitzungen ist sie öffentlich, Interessierte sind also herzlich eingeladen der Abstimmung beizuwohnen. Vorher möchte das Präsidium eine Umfrage zum Thema unter allen Statusgruppen durchführen.

Sollte die Viertelparität für den EAS Realität werden, bedeutet dies keine Revolution, aber einen Anfang. Es wäre ein Präzedenzfall für die Einführung der Viertelparität in weitere Gremien der TU. Diese könnten dadurch auch an Bedeutung für die Universitätsangehörigen gewinnen und ihr Gewicht gegenüber zentralen Institutionen wie Präsidium und Kuratorium vergrößern.

## Nach „nur“ 19 Jahren: Nachhaltigkeitsrat gegründet und nun?

Schon seit längerem hat das Thema Nachhaltigkeit eine wichtige Stellung in gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskursen eingenommen. Obwohl Hochschulen eine wichtige gesellschaftliche Rolle einnehmen und oft eine führende Rolle zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung für sich beanspruchen, hapert es oft an der Umsetzung des Leitbilds der Nachhaltigkeit.

Obwohl sich die TU Berlin schon seit Jahren der Nachhaltigkeit verpflichtet hat, ist da noch Luft nach oben – schon um den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. 1997, vor beinahe 20 Jahren, hat der Akademische Senat die Umweltleitlinien beschlossen. In dieser heißt es, dass sich die TU Berlin „aufgrund der dramatischen globalen Umweltsituation dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sieht“. Konkret sollte dies bedeuten, dass Mitglieder in den Wissenschafts- und Betriebsbereichen nun bei der Umsetzung der Umweltleitlinien in Lehre, Forschung und Betrieb aktiv mitzuarbeiten hätten. Wer nun genau für die Umsetzung verantwortlich ist, steht bis zum heutigen Tage nicht wirklich fest. Es gab bis jetzt keine Anlaufstelle für Anliegen der Nachhaltigkeit. Gewiss gab es einige Projektwerkstätten und viele andere Initiativen, die sich mit der Thematik auseinandersetzten, doch waren diese oft zu kurzlebig. Es gelang ihnen oft nicht, sich über längere Zeit zu etablieren und viele gute Ansätze verliefen nach einiger Zeit im Sand.

2016, bereits nach 19 kurzen Jahren seit der Verabschiedung der Umweltleitlinien, war es dann so weit: Auf Hinwirken verschiedener Angehöriger der TU Berlin, darunter das umweltpolitische Referat des AStA und der Initiative Nachhaltigkeitskodex, hat der Akademische Senat im Januar die Einrichtung des Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) als ständige Kommission beschlossen.

Der Rat hat die Aufgabe das Präsidium und den Akademischen Senat in Sachen Nachhaltigkeit zu beraten. Die Mitglieder setzen sich aus den üblichen vier Statusgruppen (Profs, wissenschaftliche/betriebliche Mitarbeitende, Studis) zusammen, sowie aus drei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Zudem sollen durch den Nachhaltigkeitsrat Schnittstellen zwischen den bisher bestehenden Aktivitäten geschaffen und zukunftsfähige Vorhaben aktiv vorangetrieben werden.

Noch bleibt offen wie viel der Nachhaltigkeitsrat schlussendlich bewegen können wird. Der Erfolg hängt vor allem von der aktiven Teilnahme aller Akteure ab, insbesondere der studentischen.



## AStA im Zentrum

### GROSSE PLÄNE ZUR UMGESTALTUNG DER VERLÄNGERTEN HERTZALLEE

Der TU-Campus wird hübscher. Mit dem Projekt „Verlängerte Hertzallee“, soll der Weg von der Zentralbibliothek über die Mensakreuzung bis zum Institut für Bergbau und Hüttenwesen am Ernst-Reuter-Platz neu gestaltet werden.

Das Projekt beinhaltet auch ein Café am Ernst-Reuter-Platz und ein „Möbelangebot aus Bank, Langbank, Lounger und Tisch“, dass sich am KF-Gebäude breit machen darf. An der Mensakreuzung wird außerdem ein neues Gebäude für das Hybrid-Lab, einer Kooperation zwischen TU und UdK entstehen. Der erste Spatenstich ist für das kommende Jahr geplant, mit der Entfernung der wilden Vegetation vor dem TK-Gebäude (da wo der AStA wohnt), machen sich jedoch schon erste Änderungen bemerkbar.

Glaubt man den Bekundungen der am Projekt beteiligten aus Politik und Universität, kann sich der AStA glücklich schätzen, befinden wir uns doch demnächst im Mittelpunkt jener Promenade, die zur „Visitenkarte des Campus Charlottenburg“ werden soll. Dieser ist, wer es noch nicht wusste, eine echte „Marke des Entwicklungsgebiets City-West“ und ein „zukunftsweisender Bildungs-, Kultur- und Forschungscluster“. Die nun beginnende bauliche Umsetzung sorgt für eine „Aufwertung als Wissenschaftsstandort und Wirtschaftsfaktor“ und bildet einen Meilenstein in der „Entwicklung Berlins zur Smart City“.

Dass es hier Gebäude mit Kellern gibt, ein gewisses Maß an Lieferverkehr nötig ist und auch die Feuerwehrezufahrt gewährleistet werden sollte, war bis zu einem ersten Informationstreffen im Februar noch nicht Teil dieser Vision, aber hey, wen interessieren schon diese Kleinigkeiten.

Aber im Ernst - Wir hoffen das die Unileitung bei der weiteren Umsetzung des Projektes sensibel mit bestehenden Räumen und den Bedürfnissen ihrer Nutzer\*innen umgeht. Wir wollen nicht, dass hier plötzlich irgendjemand umziehen muss ohne vorher gefragt worden zu sein, dass barrierefreie Zugänge verloren gehen oder dass eine bisherige Nutzung unmöglich wird, weil diese vor dem Projekt nicht eingeplant wurde. Dann können wir uns alle über ein paar neue Sitzgelegenheiten und etwas weniger holprige Fußwege freuen und weiter machen wie bisher.

\*alle Zitate stammen von wichtigen Leuten und sind offiziell

PS: Anfängliche Gerüchte, wonach auch der Zaun, der uns bislang vor den Kunststudent\*innen der UdK schützt, abgetragen werden soll, haben sich bislang nicht bestätigt. Dies lässt hoffen, dass die Gentrifizierung des TU-Campus doch nicht so schnell voranschreiten wird, wie befürchtet.

## Transparent anlässlich des Spanientags

Mit Flyern und einem Transparent kritisierte die Gruppe „Libre Berlin“ zum Spanientag der TU am 1. Februar das spanische „Gesetz zum Schutz der Bürger“, welches die Meinungsfreiheit einschränkt und die Kriminalisierung friedlicher Versammlungen erleichtert sowie die Haltung der Regierung in Madrid im baskischen Friedensprozess.

Nach Jahren des bewaffneten Konflikts befindet sich die baskische Gesellschaft seit 7 Jahren auf einem selbst gewählten Weg in den Frieden. Trotzdem rückt die spanische Regierung nicht von ihrer repressiven Haltung ab.



# Mehr rechte Propaganda auf dem Campus

Im letzten Jahr mussten wir leider immer mehr rechte Graffiti, Aufkleber und Flyer von rechten Gruppierungen auf dem Campus feststellen. Neben Wahlwerbung der AfD und Anti-Asyl-Aufklebern waren dies vor allem Sticker der rassistischen Jugendbewegung der „Identitären“. Auch Hakenkreuzschmierereien und Sticker, die den Holocaust leugnen sind aufgetaucht. Betroffen waren auch mehrmals Schaukästen des AStA

Für die Dokumentation rechter Propaganda auf dem Campus schreibt an:

[bipo@asta.tu-berlin.de](mailto:bipo@asta.tu-berlin.de)

Eine Übersicht zu rechter Propaganda, Veranstaltungen und Übergriffen in Charlottenburg erstellt die Registerstelle Charlottenburg-Wilmersdorf.

[berliner-register.de](http://berliner-register.de)

[cw@berliner-register.de](mailto:cw@berliner-register.de)

# Alles zum Semesterticket

Einführung, Gestaltung und Herausgabe von Semestertickets im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) geschieht in Absprache zwischen der jeweiligen Vertretung der Studierendenschaften\*, der entsprechenden Univerwaltung und dem VBB. Die Universitätsleitung der TUB bevorzugt eine Plastikkarte als Studierendenausweis, welche semesterweise mittels Aufkleber aktualisiert wird und als Semesterticket und TU-Bibliothekszugang fungiert.

Ein Dauerthema ist der „Ebay-Verkauf von Semesterticket-Aufklebern“. Denn theoretisch können abgelaufene TU-Studierendenausweise mit übertragenen Ticket-Aufklebern zu scheinbar gültigen Fahrausweisen aufgewertet werden. Der VBB akzeptiert daher die Semestertickets von TU-Studierenden nur noch in Verbindung mit der Immatrikulations- oder Studienbescheinigung. Seit der Umstellung der Beförderungsbedingungen für TU-Studierende wird über ein neues Format für das Ticket verhandelt, das die nötigen Anforderungen erfüllt ohne Nachteile für den Datenschutz der Studierenden mit sich zu bringen.

Zum Ärger des VBB hat die Umstellung den Handel von Semesterticket-Aufklebern nicht unterbunden. Wir können nicht einschätzen, ob die Verkäufer\*innen ein Geschäftsmodell zum Nachteil ihrer Kund\*innen betreiben oder aus Unwissenheit nicht genutzte Semestertickets weiterveräußern.

Wer aus studienbedingten Gründen nicht in Berlin sein kann, oder z.B. promoviert kann sich auf Antrag von der Beitragspflicht zum Semesterticket befreien lassen. Wer ein geringes Einkommen hat, kann außerdem einen Antrag auf Bezuschussung des Semestertickets aus dem Sozialfond der Studierendenschaft beantragen.

Mehr Informationen findet ihr auf [astatu.berlin/semnix](http://astatu.berlin/semnix)

Euer Semesterticketbüro

1) im Falle der TU Berlin ist dies der „Fachausschuss Verkehrskonzept und Semesterticket“ des Studierendenparlaments, kurz Verkehrsausschuss

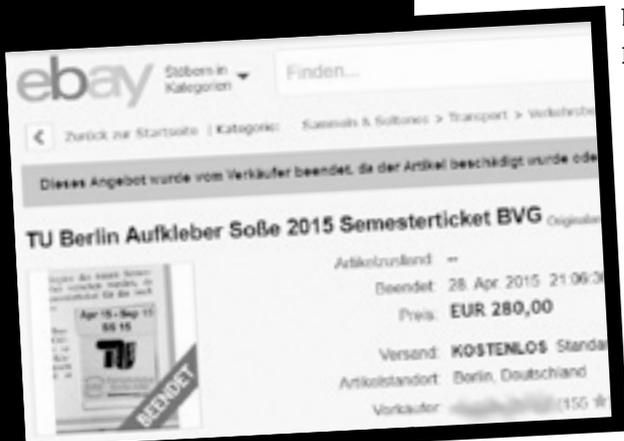
# Akademiker für den Frieden

Seit Herbst letzten Jahres führt der türkische Staat eine militärische Offensive gegen die PKK in den kurdischen Gebieten im Südosten des Landes. Dabei werden Kampfjets, Panzer und schwere Waffen eingesetzt und es kam zu zahlreichen Fällen von Menschenrechtsverletzungen. Amnesty International spricht von „exzessiver Gewalt“ und einer „Kollektivbestrafung“ der Kurd\*innen. Gleichzeitig hetzte Erdogan gegen die linke, pro-kurdische Partei HDP, deren Büros daraufhin landesweit massiv angegriffen wurden. Kritiker\*innen werfen ihm vor die Auseinandersetzung mit der PKK zum Ausbau der eigenen Macht zu nutzen.

Anfang des Jahres initiierte deshalb eine Gruppe von türkischen Hochschul-lehrer\*innen einen „Aufruf für den Frieden“. Darin fordern sie die Eskalation in den kurdischen Gebieten zu beenden, das Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung einzustellen, den Einsatz internationaler Beobachter im Konfliktgebiet sowie eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der PKK. Mittlerweile 2212 Akademiker\*innen haben den Aufruf unterzeichnet - und sind deshalb von Verfolgung bedroht.

Bei den „sogenannten Wissenschaftlern“ handle es sich um „dunkle Kräfte“ und „Vaterlandsverräter“ ließ Staatspräsident Erdogan verlauten. Wer rede wie Angehörige von Terrororganisationen, der sei selber Terrorist, so Erdogan weiter.

Mehrere Dutzend Unterzeichner\*innen verloren daraufhin ihre Jobs, gegen einige hundert wurden Disziplinar- oder Strafverfahren eröffnet. Seit Mitte März sitzen der Historiker Muzaffer Kaya, die Psychologin Esra Mungan und der Mathematiker Kivanc Ersoy außerdem in Haft. Bei einer Verurteilung wegen „terroristischer Propaganda“ drohen ihnen bis zu fünf Jahre. Betroffen fürchten außerdem individuelle Racheakte von AKP-Anhängern.



**W**edding, kennste? Kennste! Na hier, da, oben. Norden, mein' ich, Mensch! Is' noch TU. Brauchste ,ne Dreiviertelstunde. Nee, nich' zu Fuß. Mit der S-Bahn! Wenn ,se denn fährt...

Wer sich für den Studiengang Bauingenieurwesen an der TU Berlin entscheidet, muss es wirklich wollen. Oder Berlin wirklich lieben. Warum? Na, zunächst einmal wirst du Berlin ziemlich oft sehen. Du fährst nämlich einige Male zwischen Wedding und Charlottenburg hin und her. Ursprünglich (vor 2001) saßen die Bauings noch im EB-Gebäude. Durch den Umzug sparte die TU die Gebäude am Rohrdamm und damit jährlich zwei Millionen Mark Miete, so die TU Intern im April 2001. Und der neue Campus?

## Mission Impossible!

**STUDIEREN ALS BAUINGENIEUR\*IN AN DER TU. TEXT: FRANZISKA von der FACHSCHAFTSINITIATIVE BAUINX**

Technischer Innovationspark Berlin ist der schöne Titel, von uns nur TIB gerufen. Das TIB-Gelände hat auch Vorteile, so isst nicht. Wir kennen die Gesichter unserer Professoren und WiMIs, haben eine riesige Versuchshalle (was den Studis allerdings bis zu ihren Abschlussarbeiten nur wenig bringt) und haben Zugang zu unseren PC-Pools 24 Stunden, 7 Tage die Woche. Klingt nett, oder?

Blöd ist nur: Davon haste erstmal nicht viel im ersten und zweiten Semester. Laut Stundenplan musst du viermal die Woche zwischen TIB und Hauptcampus pendeln, jeweils zweimal am Tag, mit einer halben Stunde Pause zwischen den Vorlesungen. Du fährst, wie gesagt, eine Dreiviertelstunde. Wenn nicht der Nord-Süd-Tunnel gesperrt ist, am Ernst-Reuter-Platz gebaut wird, wie jedes Jahr überraschend der Winter einbricht oder ein Prof überzieht. Der Campus der Beuth UND der Nordcampus der HU sind, verdammt nochmal, näher. Legst du dir ein Tutorium ungünstig, können es auch fünf Pendeleien werden.

Aber hey: Wenn du Ana 1 & 2 und LinA im ersten Anlauf schaffst und deine freie Wahl auch schnell am Hauptcampus abfrühstückst, kannst du die ganzen Vorzüge des TIB genießen. Aber nur, wenn du keine Sport- oder Sprachkurse wählst. Und nicht zum Prüfungsamt fährst. Wir haben neben den zwei PC-Pools immerhin ganze zwei Arbeitsräume für 700 Studis! Es waren mal vier, aber in zwei soll jetzt eine Bib eingebaut werden, nachdem unsere offizielle Bibliothek geschlossen wurde. Wie die Bücher verwaltet werden, ist allerdings immer noch nicht geklärt. Na, mal gucken.

Ach ja: Du bist außerdem ständig hungrig. Oder arm. Ich meine, es gibt eine kommerzielle Kantine. Da gehen die Gerichte bei 5,90 los. Nee, halt: Panna Cotta gibt's für 3,50 und weißen Bohneneintopf für 4,50. Und natürlich gibt's keinen Studi-Ra-

batt (das Studentenwerk verweigert eine Zusammenarbeit) oder gar „Kinder bis sechs Jahre essen umsonst“ wie in der Mensa. Mensa? Jibbet bei uns nich'. Es gibt die Cafeteria Ackerstraße, die wir aber nicht benutzen sollen, da sie mit Architektur-Studierenden bereits überlastet ist. Außerdem brauchen wir für einen Weg zu Fuß ca. 15 Minuten, was bedeutet, dass wir es zwischen den Blöcken zwar schaffen könnten, dorthin zu kommen – für's Essen bleibt aber keine Zeit. Aber wir haben einen Snackautomaten! Da gibt's manchmal auch Bifi! Oder du ernährst dich vom Bäcker, Döner und Chinesisch. Dein. Ganzes. Studium. Lang. Im Stehen wohlgernekt. Oder du nimmst es mit zurück in die Uni und isst es dann kalt. Von den Getränkeautomaten kannst du dir auch Becherkaffee oder Brause ziehen. Das solltest du auch, da unser Leitungswasser nicht getrunken werden darf.

Aber macht nix, 'wa?! Das Studentenwerk bekommt von den Bauing-Studis und Promos (955 insgesamt) ja nur 46.575,35 pro Semester. Mit der Erhöhung um 5 pro Studi werden das noch mehr. Und das ohne Gegenleistung. Da müssten wir eigentlich 'ne Spendenquittung für bekommen. OK, das Studentenwerk bietet auch noch Schreibkurse an. Die auch eine Dreiviertelstunde entfernt sind und mitten im Stundenplan liegen. Dass die Umbenennung von Studentenwerk in Studierendenwerk 800.000 kosten soll, kam bei uns jetzt nicht so wahnsinnig gut an.

Doch was gibt es für eine bessere Motivation, schnell mit dem Studium fertig zu werden? Oder um abzubrechen. Wäre ich schneller fertig, hätte ich auch noch vorm Beruf schnell Kinderkriegen einschieben können. Während des Studiums macht das keinen Sinn: Der Kindergarten ist eine Dreiviertelstunde entfernt, der einzige Wickeltisch ist im nicht-barrierefreien Eltern-Kind-Raum, zu dem der Schlüssel nur drei Stunden am Tag verfügbar ist. Und mit dem Kinderwagen (oder einem Rollstuhl) kommste eh nur bis zur Hofeinfahrt. Dann erstmal schön über's Kopfsteinpflaster. Wenn man das geschafft hat, kommt man barrierefrei in den Keller, wo das einzige Behinderten-WC ist. Aber du kommst nicht in den studentischen Bereich. Den gibt's nämlich offiziell nicht und er ist nur über mehrere Treppen erreichbar. Es gibt zwar einen direkten Zugang über's Statikfachgebiet, was aber natürlich für die Mitarbeitenden nicht zumutbar ist, wenn da Heerscharen an Studis durchmarschieren. Also müssen wir eine Etage höher, an unseren zwei Arbeitsräumen vorbei, durch eine Brandschutztür, durch einen Flur, in dem immer der Lärm der Lüftungsanlage dröhnt, eine schmale Betontreppe runter durch eine Brandschutztür, um dann in einem Treppenhaus zu sein, das ohne Schlüssel nur nach draußen führt. Dann durch noch eine Brandschutztür, die im Winter klemmt - und schon sind wir im studentischen Bereich (inklusive der Studienfachberatung), der nach Abwasserrohr riecht.

Klingt einladend, oder? Komm doch mal vorbei, wir haben jetzt auch eine Mikrowelle für alle...

# Kekse knabbern im Kuratorium

## EIN ERFAHRUNGSBERICHT VON BEN

**A**m 11. Juni 2014 stehe ich im etwas gedrunghenen Büro des Wahlvorstands der TU Berlin und verfolge, wie die Wahl-Ergebnisse fakultätsweise eintrudeln. Am Ende haben 0,3 % der TU-Studierenden mich gewählt. Die meisten meiner Wähler\*innen kenne ich vermutlich persönlich. Bei einer Wahlbeteiligung von 0,8 % reicht das für eine solide relative Mehrheit. Yay, auf in eine wilde zwei-jährige Amtszeit!

Seitdem komme ich alle paar Monate freitags um 9 Uhr (Was für eine studierendenfeindliche Sitzungszeit!) in die Uni, knabbere Kekse, trinke Kaffee und krittele an der Uni-Leitung rum.

### Theoretische Destruktivität

Das Kuratorium ist so etwas wie der Aufsichtsrat der TU Berlin. Es berät die Uni-Leitung bei strategischen Entscheidungen. Es genehmigt und entlastet Haushaltsentscheidungen. Für Studierende ist besonders relevant, dass Gebührenordnungen durchs Kuratorium müssen – sei es für Weiterbildungsangebote, sei es für studentische Veranstaltungen.

Das Kuratorium ist ein recht kurioses Gremium: Strukturell ist es fast nur zu Destruktivität fähig. Durch seine Position am Ende von Entscheidungsprozessen kann es in diesen wenig konstruktiv mitwirken, sondern sie nur abnicken oder in der letzten Stufe aufhalten. Theoretisch.

Nach meinem Wissen hat das Kuratorium seit Jahren keine Prozesse mehr gestoppt. Wer will schon die Gebührensatzung eines Studiengangs ablehnen, der eigentlich gerade schon anläuft? Das Kuratorium ist also darauf angewiesen, dass die Uni-Verwaltung ihm gute Vorlagen zum Abnicken gibt.

### Externe Mehrheit

Auch die Zusammensetzung des Kuratoriums begünstigt, dass hier weder große Initiativen entstehen noch Vorgänge, die das Kuratorium erreichen, abgeschossen werden.

Sechs der elf Sitze gehen an unexterne „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ – gewählt werden sie mehr oder weniger auf Vorschlag des Präsidenten durch den Akademischen Senat. Dabei wird darauf geachtet, hohe Tiere von Forschungsgesellschaften, Arbeitgebervereinen, Gewerkschaften, CDU und SPD abzudecken. Aktuell sind das Gesine Schwan und Ulla Burchardt (SPD), Matthias Kleiner (Leibniz-Gemeinschaft), Stefan Gerdsmeyer (VBKI), Susanne Stumpfenhusen (ver.di) und als Vorsitzende Rita Süsmuth (CDU). Da die Externen auf genug anderen Hochzeiten tanzen, haben sie meist wenig Ambitionen, im Kuratorium der Uni-Leitung effektiv ins Handwerk zu pfuschen.

Ein weiterer Sitz geht an die Senatsverwaltung für Wissenschaft. Diese hat ohnehin als Rechtsaufsicht der Uni auch noch nach



allen Uni-Entscheidungen ihr besonderes letztes Wort. Zum Beispiel beschloss das Kuratorium am 9. Mai 2014, also noch vor meiner Amtszeit, eine Rahmengebührenordnung für die TU Berlin. Diese ist bis heute nicht in Kraft getreten, sondern tingelt zwischen Senatsverwaltung und TU-Leitung umher, bis sie dem Senat passt.

### Interne sind auch dabei.

Nur vier der elf Sitze werden durch Ur-Wahl mit TU-Mitgliedern besetzt. Je eine Person für Profs, sonstige Mitarbeiter\*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und Studis. Das ist eine Besonderheit, denn an anderen Unis gibt es im Kuratorium (heißt dort oft Hochschulrat) meist gar keine internen Sitze oder, wenn es sie gibt, wählt der Akademische Senat die Mitglieder. Die TU Berlin ist hier also – relativ gesehen – sehr demokratisch. Nichtsdestotrotz haben die 99,2 % der Studierenden, die sich nicht die Mühe machten, zur Kuratoriumswahl 2014 zu gehen, schon etwas Recht mit ihrer stillen Einschätzung, dass ihre Stimme den Lauf der TU-Geschichte ohnehin nicht ändern würde.

### Häufchen und Staub

Was die Politik im Großen anbelangt, ist das Kuratorium dazu verdammt, der Uni-Leitung dabei Gesellschaft zu leisten, wie sie den Geld-Häufchen hinterherhechelt, die andere Akteur\*innen für sie platzieren. Da ist einerseits der Berliner Senat, der mit den sogenannten Hochschulverträgen die Hochschul-Unter-Finanzierung von wirren Zahlenspielchen abhängig macht, und andererseits das undemokratische Drittmittel-Dickicht mit Exzellenzinitiative, Deutscher Forschungsgemeinschaft, privaten Geldgebern und Co.

Im Kleinen kann das Kuratorium aber genutzt werden, um Staub aufzuwirbeln für Dinge, die uns Studierende betreffen. So haben wir aus dem Kuratorium heraus angeschoben, dass studentische Veranstaltungen und Kongresse an der TU weiterhin günstig stattfinden können und dass das WiWi-Café nicht ersatzlos für Büro-Räume weichen muss. Durch eine Diskussion im TU-Kuratorium kam der Prozess für einen neuen studentischen Tarifvertrag (TVStud) wieder ins Rollen. Und beim Strukturplan 2015 konnten wir dem Präsidium zumindest etwas den Rasen vor seinen halbgaren Kürzungsideen zertrampeln.

Am 9. Juni 2016 wird ein neues Kuratorium gewählt. Ich persönlich werde nicht nochmal antreten, sondern mich wieder auf Dinge konzentrieren, die noch mehr Spaß machen als Kuratoriums-Arbeit. Vielleicht mal wieder etwas Informatik studieren oder Arbeitskämpfe führen oder so.

# Kommt die Lohnerhöhung für Tutor\*innen?

## 2000 STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE WOLLEN NACH 15 JAHREN EINEN BESSEREN TARIFVERTRAG

**E**rinnert ihr euch noch, wie Edmund Stoiber beinahe die Bundestagswahl gegen Gerhard Schröder gewann? Das war im September 2002. Das ist lange her. Noch gut anderthalb Jahre länger ist es her, dass der Lohn für Tutor\*innen in Berlin das letzte Mal angehoben wurde. Kategorie: „in grauer Vorzeit“, „zu D-Mark-Zeiten“.

### 30 Jahre

Der Tariflohn für studentische Beschäftigte liegt seit 2001 konstant bei 10,98 Euro pro Stunde. Geschlossen wurde der Berliner Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte II (TVStud II) vor 30 Jahren am 24. Februar 1986 nach einer Reihe von Streiks, an denen 1400 gewerkschaftlich organisierte Studierende teilnahmen. Er sah einen Tutor\*innen-Stundenlohn von 15,69 DM vor. Inflationbereinigt wären das heute 13,86 Euro.

In den Folgejahren war der Tarifvertrag an die restliche Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst gekoppelt und wurde regelmäßig angepasst.

### Endloser Stillstand

Doch seit dem Tarifabschluss 2003 herrscht Stillstand. 2004 hörten die Hochschulen auf, das im TVStud vorgesehene Weihnachtsgeld zu zahlen. 2011 nahmen die Gewerkschaften GEW und ver.di Verhandlungen mit den Hochschulen über die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und eine Generalüberholung des TVStud auf. Die Hochschulen reagierten in etwa mit: „Ihr wollt uns also mehr Geld abpressen? Ihr und welche Armee?“ Die Gewerkschaften liefen gegen eine Wand und mussten ohne Abschluss klein beigeben.

Der Grad an gewerkschaftlich Organisierten unter den studentischen Beschäftigten bewegt sich seit Jahren im nicht messbaren Bereich, schätzungsweise bei unter 5%. Entsprechend wenig Kraft steckt dahinter, wenn studentische Beschäftigte in Berlin derzeit tarifliche Verbesserungen einfordern.

### Verdrehter Arbeitskampf

Für 10,98 Euro wird es immer schwieriger, angesichts von positiven Entwicklungen auf dem Berliner Arbeitsmarkt für junge Akademiker\*innen ordentliches Personal zu finden, das dann auch ordentliche Arbeit machen kann, ohne angesichts von steigenden Lebenshaltungskosten durch Zweit- und Drittjobs gebunden zu sein.

Notwendige Begleiterscheinungen sind die Überlastung der Angestellten und mangelhafte Betreuung in den Studiengängen. So mussten im vergangenen Semester 30 Tutor\*innen im Grund-

lagenfach „Analysis I für Ingenieurwissenschaften“ über 3300 Studierende betreuen. Überrascht vom Andrang an neuen Studierenden verordnete das Institut für Mathematik seinen studentischen Beschäftigten die Übernahme zusätzlicher Tutorien – bei gleichem Monatslohn und ohne Freizeitausgleich.

Die Situation ist inzwischen so wild, dass schon von oben Alarm geschlagen wird. Das Kuratorium der TU Berlin beschloss im Dezember 2015, dass Verbesserungen für die studentischen Beschäftigten an der Zeit seien. Dabei wurde vorgeschlagen, den Stundenlohn ab dem 1.7.2016 auf 11,48 Euro anzuheben. Auch an der HU Berlin entschied man im Januar 2016, dass ein neuer Tarifvertrag her müsse. Bisher ist unklar, was die Uni-Leitungen aus diesen Beschlüssen machen. Etwas Druck von allen Seiten tut hier sicherlich gut. 50 Cent sind jedenfalls klar zu wenig für eine nachhaltige Lohnverbesserung.

### Die Chance nutzen!

Man kann sich eigentlich gar keine bessere Situation für die Durchsetzung eines neuen Tarifvertrags wünschen. Über 2000 studentische Beschäftigte haben sich letztes Semester an einer gewerkschaftlichen Umfrage beteiligt: Fast alle fordern mehr Lohn, viele können sich vorstellen, zu streiken.

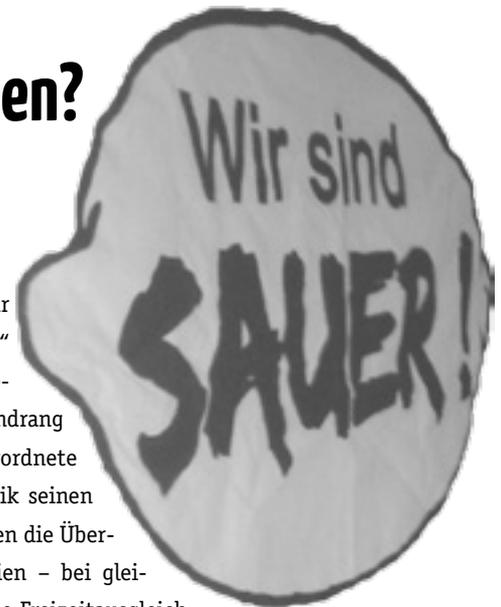
Auch durch den Konflikt um die Bezahlung im Botanischen Garten der FU sind Beschäftigungsverhältnisse wieder intensiver auf die Agenda von Hochschulgremien gerückt.

Und während Hochschulleitungen sonst immer sehr vorsichtig auf Initiativen reagieren, die ihre engen Haushalte noch weiter strapazieren wollen, herrscht in den nächsten Monaten eine günstige Dynamik. Denn der Berliner Senat und die Hochschulen verhandeln über die Finanzierung durch die Hochschulverträge. Mehrere Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus, die sich diesen September zur Wahl stellen, haben außerdem signalisiert, dass ihnen etwas an einem neuen TVStud liegt. Irgendwo sollte sich dort also Geld locker machen lassen.

Doch auch wenn die Wetterlage für einen neuen TVStud super ist, fällt ein guter Tarifvertrag nicht vom Himmel. Damit es dieses Mal was werden kann, muss eine nennenswerte Zahl studentischer Beschäftigter sich gewerkschaftlich organisieren und gemeinsam Druck machen.

Kommt die Lohnerhöhung? Ja, wenn die studentischen Beschäftigten sie sich holen!

Mehr Infos auf [tvstud.de](http://tvstud.de)



# The Good, the Bad and the Ugly

**GEFLÜCHTETE MENSCHEN BEGINNEN AN DER TU ZU STUDIEREN, BEGLEITET VON EINER TU VERWALTUNG, DIE GUTEN WILLEN ZEIGT, DEN ÜBLICHEN HÜRDEN UND DEM RASSISTISCHEN HINTERGRUNDRÄUSCHEN IN GESAMTDUNKELDEUTSCHLAND TEXT: REFERAT FÜR SOZIALPOLITIK**

Im Herbst 2015 wurde das Programm in(2)tu von der TU-Verwaltung ins Leben gerufen. Es besteht aus zwei Angeboten an geflüchtete Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung in ihrem Herkunftsland erworben oder dort schon ein Studium begonnen haben.

Das eine ist ein Gasthörerstatus für Leute, die bereits Englisch oder Deutsch sprechen. Dies soll den neuen Studierenden ermöglichen, sich ein Bild von den Veranstaltungen und dem Unileben zu machen. Hierbei können einzelne Studienleistungen erworben werden. Zur Zeit hat dieses Programm etwas über 120 Teilnehmer\*innen.

Das Andere – und deutlich spannendere – Angebot sind intensive Vorbereitungskurse für im Rahmen des Studienkollegs, bei dem die Teilnehmer\*innen innerhalb von elf Monaten zunächst Deutsch erlernen und im Anschluss auf die MINT-Studiengänge vorbereitet werden. Diese Kurse werden zur Zeit durch die Senatsverwaltung gefördert, da die TU diese nicht selbst finanzieren konnte. Das Angebot steht Menschen offen, die in Berlin im laufenden Asylverfahren stecken oder als anerkannte Flüchtlinge gemeldet sind, und Interesse an einem technischen bzw. naturwissenschaftlichen Studiengang haben. Bislang laufen zwei dieser Kurse, die im November begonnen haben, mit jeweils 25 Personen, ein dritter Kurs startet im Mai. Am Anfang stehen zwei Auswahlprüfungen, da das Interesse an dem Programm das Angebot übersteigt. Geprüft wird darin Mathematik auf Abiturniveau und Englisch. FU und HU ziehen aktuell nach. Andere Unis, wie beispielsweise die Uni Bremen, haben mit ähnlichen Programmen schon ein gutes Jahr früher angefangen.

Bei der Teilnahme am in(2)tu-Programm bleibt den Interessierten eine Bewerbung über die Agentur uni-(R)assist, die für ausländische Studierende sonst obligatorisch ist und eine erhebliche Hürde für ein Studium in Deutschland darstellt (siehe AstA-Info Nr. 24), erspart. Auch sonst gibt es zur Teilnahme an dem Programm keine Voraussetzungen bezüglich notwendiger Unterlagen. Allerdings müssen die Gasthörer\*innen beglaubigte Kopien vorlegen, wenn sie sich später regulär einschreiben wollen. Dies ist aber bislang kein Problem gewesen, da die Meisten noch im Besitz ihrer Dokumente sind und die Uni-Verwaltung sich um individuelle Lösungen bemüht.

Ist man erst einmal in der Uni drin, scheint diese auch das geringste Übel darzustellen. Häufige Probleme sind die Gänge zum Amt, die Wohnsituation, oder die Finanzierung des eigenen Lebens. So bedeutet ein Termin beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), das unter anderem für Leistungen an Menschen im Asylverfahren zuständig ist, häufig, dass eine ganze Woche mit Warten verbracht werden muss. Oft haben Leute an einem Tag einen Termin, müssen aber den ganzen Tag warten und bekommen, ohne dass Ihr Anliegen bearbeitet wird, einen Zettel mit der „Berechtigung“ am nächsten Tag wiederzukommen, was sich dann ein paar Mal wiederholt. Wer den ganzen Tag – und um tatsächlich mal dranzukommen – auch schon nachts in der Schlange steht, ist weder in der Uni, noch wird sich erholen oder sonst irgendwas tun können, außer recht professionell seine Zeit zu verschwenden.

Ein zweites Problem ist die Finanzierung. Zwar erhalten Menschen im Asylverfahren prinzipiell Leistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz, aber auch hier gibt es Probleme. Bereits die Umsetzung ist mangelhaft; so hat es das LaGeSo teilweise über Monate nicht geschafft, Leistungen auszuzahlen. Dann gibt es gesetzliche Lücken. Nimmt jemand ein Studium auf, ist ein Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in analoger Anwendung des § 22 Abs. 1 SGB XII ausgeschlossen.

Bafög wiederum gibt es nur für schon anerkannte Asylbewerber\*innen. Wessen Antrag noch in der Schwebe ist, muss 15 Monate auf den Bafög-Anspruch warten – immerhin seit der letzten Gesetzesänderung ein Fortschritt, davor waren es vier Jahre.

Wer neben den täglichen Kursen noch arbeiten möchte, muss zunächst überhaupt eine Arbeitserlaubnis bekommen und anschließend bei der Bewerbung die Vorrangprüfung bestehen: Es darf niemand aus der EU da sein, der diesen Job auch machen möchte. Darüber hinaus verfügen die allermeisten geflüchteten Menschen nicht über ein ausgebautes Netzwerk beruflicher Bekanntschaften, was die Jobsuche im Vergleich zu Menschen, die hier schon länger leben, erschwert.

Drittens die Unterkunft. Berlin hat sich in den letzten zwanzig Jahren nicht darum gekümmert, angemessene Unterkünfte bereitzuhalten, was gerade offensichtlich wird. Viele Grundstücke und Wohnungen in kommunalem Eigentum wurden privatisiert, so dass auch die dezentrale Unterbringung schwieriger wird. Auch in Berlin gibt es nur wenige akzeptable neueröffnete Unterkünfte, wie beispielsweise in Alt-Moabit, wo es noch passable Bausubstanz, mit dem Arbeiter-Samarter-Bund einen nicht völlig inkompetenten Betreiber und dazu ein politisches und



# Deutschland macht dicht...

TEXT: MARKUS ROTH

**E**nde Februar hat das lang angekündigte Asylpaket II den Bundestag und Bundesrat passiert. Es ist ein Bündel von Maßnahmen, die das Asylgesuch in Deutschland für die meisten Menschen, die hier gerade Schutz suchen, unmöglich machen soll, ohne aus der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Grundrechtecharta auszusteigen. Dieser Ausstieg, also der konsequente Bruch mit internationalem und europäischen Recht, kam erst Mitte März mit dem sog. „Türkei-EU-Deal“ zustande. Aber der Reihe nach:

## Eilverfahren und Abschiebezentren

Vier Punkte werden von ProAsyl und weiteren Organisationen der Flüchtlingshilfe am häufigsten am Asylpaket II kritisiert: Zunächst die Eilverfahren - Asylverfahren die in wenigen Tagen durchgeführt werden und dazu führen werden, dass Fehlentscheidungen nicht mehr gerichtlich korrigierbar sind. Diese Verfahren werden pauschal bei Gruppen angewandt, die aus bestimmten sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen, Menschen die ohne Pass geflohen sind und Leute, die schon einmal erfolglos Asyl beantragt haben. Um diese Gruppen von anderen nicht nur verfahrenstechnisch zu separieren, werden „besondere Aufnahmezentren“ eingerichtet, einerseits in Grenzregionen wie z.B. an der bayerischen-österreichischen Grenze, andererseits an „Hot Spots“ wie in Berlin-Grünau, wo sich vorher das Abschiebegefängnis befand.

Größeren Widerspruch erfuhr auch die Aussetzung des Familiennachzugs bei Menschen die subsidiär schutzberechtigt sind, d.h. Leute die „nur“ vor Krieg fliehen. Nach anfänglichen Widersprüchen aus der SPD gilt dies nun auch für minderjährige Geflüchtete, von denen erwartet wird, mindestens zwei oder drei Jahre ohne ihre Eltern oder Geschwister in Deutschland zu leben.

Der vierte große Einschnitt in die Rechte von Geflüchteten sind die neuen Regeln zur Abschiebepraxis. Nur noch lebensbedrohliche Erkrankungen sollen ein Abschiebehindernis darstellen, die Bundesregierung verweist Betroffene auf sogenannte „inländische Gesundheitsalternativen“, die in den Herkunftsländern bestehen würden. Dass die Bundesregierung zugleich psychologische Gutachten nicht mehr anerkennen will und Posttraumatische Belastungsstörungen nicht als schwere Erkrankung ansieht, verdeutlicht die Härte des Vorgehens.

Fazit dieses Gesetzespaketes: Sehr vielen Menschen, denen eine Flucht nach Deutschland gelingt – allein 2016 sind schon über 400 Menschen im Mittelmeer ertrunken – werden hier kein faires Asylverfahren bekommen, werden in Abschiebezentren kaserniert und können auch schwerste Erkrankungen nicht als Abschiebehindernis vorbringen. Diejenigen, die wenigstens temporär Aufenthalt genießen, werden Jahre von ihren Familien getrennt bleiben, wenn diese sich nicht selbst auf die mühsame und gefährliche Reise begeben.

## Der EU-Türkei-Deal

Um Flüchtlinge auch technisch aus der Europäischen Union fernzuhalten, damit sie gar nicht erst einen Asylantrag stellen können und z.B. in die Mühlen des Asylpakets II geraten, werden schon seit langer Zeit Verträge mit EU-Anrainern geschlossen. In die Reihe dieser Abkommen z.B. mit den nordafrikanischen Staaten, gesellt sich nun auch der als „Deal“ bezeichnete Vertrag mit der Türkei. Alle Flüchtlinge die über das Mittelmeer von der Türkei kommend nach Griechenland einreisen, sollen, ohne richtiges Asylverfahren, schnellstmöglich wieder dorthin zurückgeschoben werden. Im Gegenzug nimmt die EU einige syrische Flüchtlinge aus der Türkei auf. Die Folgen dieses Deals werden Masseninternierung und Massenabschiebungen sein ohne dass deren Rechtmäßigkeit überprüfbar wäre.

Es ist kein Zufall, dass seit Jahren die innereuropäischen Rückführungen nach Griechenland im sogenannten Dublin-Verfahren ausgesetzt sind. Das Land kann Asylsuchenden kein faires Verfahren gewährleisten, die Zustände sind menschenrechtswidrig. Dass ausgerechnet Griechenland jetzt im Schnellverfahren entscheiden soll wer für das europäische Asylsystem in Betracht kommt und wer in die Türkei zurückgeschoben wird, ist eine Farce. Und die Türkei? Wie kann das Land als sicherer Herkunftsstaat eingeordnet werden, wenn es doch nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat? Zur Zeit leben drei Millionen Flüchtlinge unter schwierigsten Bedingungen in der Türkei. Täglich gibt es Abschiebungen nach Syrien, Afghanistan und den Irak.

Fazit: Griechenland wird zum Abschiebelager, die Türkei zum Vorposten. Auch mit anderen Ländern ist ähnliches geplant: Mit



dem Ziel, Abschiebungen auszuweiten hat die Bundesregierung sogenannte „Brandbriefe“ geschrieben, um unkooperative Regierungen dazu zu bringen, abgelehnte Asylbewerber wieder zurück zu nehmen. Dieser Brief ging unter anderem an die Regierungen in Ägypten, Marokko, Algerien und Mali.

Legitimation für den Bruch von Menschenrechten

Landauf, landab bescheinigen PolitikerInnen die Alternativlosigkeit der neuen Regelungen, um angeblich die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Aufnahme von Geflüchteten in der Zukunft sicher zu stellen. Unter dem Vorwand, die ‚Willkommenskultur‘ zu stärken, wird das Recht auf Asyl für Geflüchtete massiv eingeschränkt und ganze Gruppen direkt davon ausge-

geschlossen. Die Regierung fährt mit ihrer restriktiven, menschenverachtenden „Asylpolitik“ fort und fördert durch die von ihr betriebene Abschottung der europäischen Außengrenzen immer gefährlichere, immer tödlichere Fluchtrouten. Lassen wir uns nicht für diese Politik vereinnahmen! Bei einer Netto-Zuwanderung von knapp 1,5 % der Bevölkerung (Zahlen von 2015) bewegt sich Deutschland noch lange nicht an den „Grenzen des Machbaren“. Zum Vergleich: Einwanderungsländer wie Kanada haben jährlich eine ähnliche Quote. Alle die sich gerade in der Flüchtlingsarbeit engagieren sollten klare Kante gegen Gesetzesverschärfungen zeigen und weiterhin Fluchthilfe leisten.

## Auch an der Uni: ALLE ZUSAMMEN gegen die rassistische Spaltung

TEXT: REFUGEE AZUBI-, SCHUL- UND UNISTREIK - UNI AG

In diesen Tagen erleben wir eine außergewöhnliche Zuspitzung der sozialen Konflikte in Deutschland und Europa! Das die Schere zwischen Arm und Reich schon seit Jahren immer weiter auseinander geht, sehen wir schon daran, das immer mehr unserer Kommiliton\_Innen dazu gezwungen sind sich das Studium durch Lohnarbeit zu finanzieren. Doch nachdem die sozialen Sicherungssysteme in den letzten Jahren nahezu widerstandslos immer weiter abgebaut wurden, entbrennt nun durch den Zustrom zahlreicher Zufluchtssuchender und die Hetzte der AfD ein aus der (spieß-)bürgerlichen Abstiegsangst gespeister Veteilungskampf, in dem die „besorgten Bürger“ auch vor Brandanschlägen nicht mehr zurück schrecken. Das die Geflüchteten, die nach dem Ausverkauf des Sozialen Wohnungsbaus in menschenunwürdigen Massenunterkünften interniert werden, genau wie wir, Opfer der zerstörerischen neoliberalen Politik sind, soll durch die rassistische Spaltung der Armen entlang ihrer Herkunft überdeckt werden, damit die Unternehmer aus CDU/CSU, AfD und co. weiter ungestört ihre Profite einstreichen können.

Das die Selektionsmechanismen an den Hochschulen, denen der Zäune an den EU-Außen- (und Innen-)Grenzen in nichts nachstehen ist nach Jahren der wirtschaftsorientierten Reformen nicht verwunderlich. Auch hier ist haargenau festgelegt, wer rein darf und wer nicht. Menschen werden z.B. durch Aufenthaltstitel vom Recht auf Bildung und Arbeit ausgeschlossen und damit jeder Perspektive im bestehenden System beraubt. Hand in Hand machen bürokratische und finanzielle Hürden das Studium für viele Geflüchtete unmöglich. Die Studien-Programme die viele Unis jetzt eilig für Geflüchtete auflegen, verkommen daher zum „Feigenblatt der Weltoffenheit“, dass die strukturelle Diskriminierung lediglich überdeckt.

Dagegen stellt sich das städteübergreifende Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ und fordert:

- Hochschulzugang unabhängig vom Aufenthaltstitel – gegen jede Menschenkategorisierung!
- uni-(r)assist abschaffen – Bildungszugang für alle!
- Feststellungsprüfungen für bereits erbrachte Studienleistungen!
- BAföG-Sperre für Geflüchtete abschaffen - Studienfinanzierung für alle!
- Gleichstellung von nicht-deutschen Schulabschlüssen und Abitur!
- Dezentraler Wohnraum für Geflüchtete – mehr sozialer Wohnungsbau!

Bisher konnten die rassistischen Strukturen weitestgehend ungestört ihres Amtes walten, doch damit soll jetzt Schluss sein. Organisiert euch an euren Hochschulen, macht mit beim Bildungstreik und schließt euch dem Uni-Block von „Jugend gegen Rassismus“ am 27. April an!

Und kommt am 3. Mai zur Studentischen Vollversammlung an die TU (Raum CR270)!





**#YO**

# Karriere im Heer

Jetzt informieren: mach was wirklich we



# DLO

h tut



**Bundeswehr**

# Wie Flucht das Leben retten und deren Verhinderung den Tod bedeuteten kann

AM BEISPIEL DES JÜDISCHEN STUDENTEN GÜNTER FUCHS UND SEINES BRUDERS ERNST.  
TEXT: REFERAT FÜR BILDUNGSPOLITIK



**A**m 10. Februar 2016 wurden vor dem Haus in der Meinekestraße 4, nicht weit von der TU Berlin, Stolpersteine für sechs ehemalige jüdische Bewohner\*innen verlegt. Vier von ihnen wurden durch Nazi-Deutschland ermordet, zwei überlebten. Zu den ermordeten Bewohner\*innen gehörte auch Günter Fuchs, der Maschinenbau-Student an der Technischen Hochschule Berlin, der heutigen TU, war.

Günter Fuchs wurde nach nur drei Semestern am 12. November 1938 vom Studium ausgeschlossen. Gleichzeitig wurden Günters Geschwister der Schule verwiesen, da es „keinem deutschen Lehrer [...] mehr zugemutet werden [kann], an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen.“ und „es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen (1).“ Günter erhielt seinen Ausschluss von der TH per Einschreiben durch den amtierenden Rektor der TH, Ernst Storm. Darin hieß es: „Bis auf weiteres wird Ihnen die Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen der T.H.B. sowie das Betreten der Hochschule überhaupt verboten“. Davon waren insgesamt zwanzig jüdische Studierende an der TH betroffen. Zudem wurden 107 jüdische wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen ausgeschlossen. Viele von ihnen konnten später aus Deutschland fliehen, aber nicht alle konnten der NS-Tötungsmaschinerie entkommen. Rektor Ernst Storm war überzeugter Nationalsozialist und SA-Sturmbannführer. Er war bereits im März 1933 Rädelführer einer Aktion, bei der die Hakenkreuzfahne auf dem Hauptgebäude der TH gehisst wurde. Am 1. April 1933 wurde Storm zum ordentlichen Professor ernannt (2).

Im Jahr 1943 wurde Günter Fuchs nach Theresienstadt deportiert, 1944 erfolgte die weitere Deportation nach Auschwitz. 1945 wurde er auf einen Todesmarsch (3) gezwungen, den er überlebte, danach wurde er zunächst in Sachsenhausen interniert. Anschließend wurde er nach Mauthausen deportiert und

dort am 31. März 1945 ermordet. Seine Mutter Grete Fuchs wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert und dort am 22. Februar 1944 ermordet. Sein Vater Hebert Fuchs, der als Rechtsanwalt tätig war, wurde zunächst mit einem Berufsverbot belegt. Während der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde Herbert Fuchs in „Schutzhaft“ genommen und in Sachsenhausen interniert, 1943 folgte dann die Deportation nach Theresienstadt. Von dort wurde er 1944 weiter nach Auschwitz deportiert, wo er ermordet wurde. Günters Schwester Vera Fuchs wurde zunächst ebenfalls 1943 nach Theresienstadt und weiter nach Auschwitz deportiert, danach folgte ihre Deportation nach Groß-Rosen und dann nach Merzdorf, wo sie durch die Befreiung des Lagers durch die Rote

Armee überlebte. Günters Bruder Ernst Fuchs überlebte ebenfalls, ihm gelang 1939 die Flucht nach England.

Auch für Fuchs Nachbarin Gertrud Daniel wurde am 10. Februar ein Stolperstein verlegt. Sie wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und dort am 21. Februar 1944 ermordet. Ihre Enkeltochter aus Israel war zur Gedenkveranstaltung anwesend und richtete bewegende Worte an die Umstehenden. Sie wuchs bei ihrer Großmutter auf, die ebenfalls in der Meinekestraße 4 wohnte. Sie überlebte in Berlin zunächst, weil sie in einem Krankenhaus eingesetzt war. Bevor die Rote Armee Berlin erreichte, sollte sie jedoch im

Rahmen einer Erschießungsaktion ermordet werden. Allein dass deren Organisatoren sich verschätzten und der Vormarsch der sowjetischen Truppen schneller voran ging als vermutet, rettete ihr das Leben. Auch Daniels Urenkelin, die in Israel geboren ist und heute in den Vereinigten Staaten lebt, sowie Günters Nichte, die Tochter seines Bruders Ernst, die aus England angereist war sprachen zu den Anwesenden.

Auch wir beteiligten uns an der Veranstaltung. Es ist uns wichtig, zu demonstrieren, dass die nationalsozialistischen Ver-



brechen, die an unserer Hochschule in den 1930er Jahren gegen jüdische Studierende und Mitarbeiter\*innen begangen wurden, niemals vergessen werden dürfen. Wir danken den Angehörigen, dass sie die weite Reise auf sich genommen haben, um bei der Stolpersteinverlegung zugegen zu sein und uns aus dem Leben und von der Verfolgung ihrer Liebsten berichteten zu können. Und wir danken auch den Initiator\*innen der Stolpersteininitiative, die es möglich gemacht haben, dass es in der Meinekestraße jetzt ein dauerhaftes Gedenken an die Ermordeten gibt.

Schließlich zeigt diese beispielhafte Geschichte der beiden Brüder Günter und Ernst Fuchs deutlich, dass niemand freiwillig flieht. Diese Möglichkeit aber zu haben und zu nutzen, bedeutet das eigene Leben zu retten. Für Günter Fuchs und sechs Millionen andere Menschen – die Opfer des deutschen Antisemitismus wurden und auch für viele weitere, die verfolgt und ermordet wurden – war es nicht mehr möglich sich auf die Flucht zu begeben. Ein Grund dafür war, dass auch damals viele Länder ihre Grenzen für die Verfolgten schlossen. Dieser Umstand sollte Anlass zum Nachdenken sein, wenn es darum geht Schlüsse und Konsequenzen aus den Verbrechen Nazideutschlands zu ziehen.

- 1: Bernhard Rust, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 15. November 1938
- 2: Carina Baganz: Diskriminierung, Ausgrenzung und Vertreibung. Die Technische Hochschule Berlin während des Nationalsozialismus, Berlin 2013
- 3: Der erzwungene Rückzug der deutschen Truppen führte ab Sommer 1944 dazu, dass die in Frontnähe gerateten Konzentrationslager mit ihren zahlreichen Außenlagern aufgelöst und geräumt wurden. Die Gefangenen wurden in großer Zahl gezwungen, unter unerträglichen Bedingungen und brutalen Misshandlungen über weite Entfernungen zu marschieren, wobei ein großer Teil von ihnen von den Begleitmannschaften ermordet wurde



**E**nde März 2015 wurde dem ehemaligen FU-Studenten Reinhard Strecker vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Anfang Oktober folgte im BM für Justiz und Verbraucherschutz ein Ehrensymposium „Reinhard Strecker, Pionier der kritischen Vergangenheitspolitik“ aus Anlass seines 85. Geburtstages mit Beteiligung des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU, des Forums Justizgeschichte und der Landeszentrale für Politische Bildung. Eine späte Ehrung, der jahrelange Gegnerschaft und jahrzehntelanges Verschweigen vorangingen.

Neun Jahre nach Kriegsende war Strecker nach Deutschland zurückgekehrt. Er hatte Anstoß genommen an der Personalpolitik Adenauers – Globke, Oberländer und andere ranghohe Nazis bekamen Posten in seinem Kabinett. Alles wurde verziehen und umgedeutet. Ein anderes Beispiel: Der Leiter des seinerzeitigen KZ für Jugendliche und Kinder in Moringen (Bereich Göttingen) war wegen seiner großen Erfahrung bei der „Betreuung von Jugendlichen“ in das entsprechende Landesministerium, Bereich Fürsorge, berufen worden.

Im Konvent der FU, seinerzeit mit einer sehr starken RCDS-Fraktion (Diepgen, Lummer u.a.) wurde damals eine Petition zur Überprüfung von wieder tätigen NS-Juristen und Medizinern initiiert. Als

diese erfolglos blieb, begannen Studierende Berliner Universitäten auf Initiative von Reinhard Strecker selbst in gut dreijähriger Arbeit eine große NS-Verbrecherkartei zu erarbeiten. Verschiedenste Hochschulgruppen beteiligten sich an dem Projekt: Der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), die GSG (Gewerkschaftliche Studentengruppe), der LSD (Liberaler Studentenbund Deutschlands), die ESG (Evangelische Studierendengemeinde) sowie nach ihrer Gründung die Deutsch-Israelische Studiengruppe. Basierend auf dieser Kartei entstand die Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“.

Das erste Mal wurde sie im November 1959 in Karlsruhe gezeigt. Generalbundesanwalt Dr. Max Güde hatte die Echtheit der Dokumente, entgegen den Bonner Verlautbarungen, bestätigt. Bundespolitiker von CDU und SPD hatten behauptet, es handle sich bei den Dokumenten um Fälschungen und bei der Initiative um eine Propagandaaktion der DDR. Als die Ausstellung in Berlin gezeigt werden sollte, versuchten vor allem die beiden Senatoren Kielinger (Justiz) und Tiburtius (Bildung) dies mit allen Mitteln zu verhindern, zum Beispiel durch Anordnung an Universitäten und andere öffentliche Einrichtungen, keine Räume zur Verfügung zu stellen sowie durch öffentliche Diffamierungen.

Trotz der Verleumdungen wanderte die Ausstellung durch weitere Universitäts-

städte. Die damalige Landes-Asten-Konferenz und der Bundesverband des VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) hatte allen Studierenden Mitarbeit, Unterstützung und den Besuch der Ausstellung empfohlen. Im Rückblick gesehen war die Ausstellung ein Erfolg, sie löste ein internationales Echo aus und erhielt politische Unterstützung u.a. vom Warschauer Generalstaatsanwalt Prof. Jerzy Sawicki und dem Britischen Unterhaus in London.

Die Senatsverwaltungen für Justiz sowie für Bildung und Wissenschaft haben die damaligen Verleumdungen bis heute weder widerrufen, noch sich dafür entschuldigt. Im Gegenteil ist der Wissenschaftspreis der Berliner Hochschulen bis heute nach

Senator Tibertius, einem der damaligen Feinde der Aufklärung, benannt.

Obwohl viele Fortschritte in der Aufklärung der NS-Verbrechen gemacht wurden, sind es oft gerade die Hochschulen, die sich besonders schwerfällig in der Aufarbeitung ihrer Verstrickungen zeigen.

Verschwiegen wird etwa bis heute, dass im Februar 1940 hunderte Studierende am Bahnhof Charlottenburg in den Fernzug nach Posen stiegen, zwecks Erfassung und Beschlagnahme von 500.000 polnischen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben als deutsches Eigentum. Spätestens seit 2002 wird darüber diskutiert, wie viele Berliner Studierende zur Teilnahme am sogenannten Facheinsatz Ost zwangsverpflichtet wurden.

„Angesichts der schwierigen Quellenlage“, sei eine „Aufarbeitung dieses Aspektes der Berliner Wissenschaftsgeschichte anscheinend nur unzureichend möglich“, heißt es in der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage im Oktober 2010. Die Antwort stützte sich dabei auf die Einschätzung des Historikers und



TU-Professors Michael Grüttner. Der Verein zur Völkerverständigung fand jedoch einige Berliner Verpflichtungsbescheide zum Osteinsatz im Staatsarchiv Lublin und kann belegen, dass reichsweit wenigstens 8000 Studierende zwischen 1940 bis 1943 meist von den örtlichen Arbeitsämtern verpflichtet wurden.

In diesem Jahr steht der 25. Jahrestag des Nachbarschaftsvertrags mit Polen an. Dies

legt nahe, über deutsch-polnische Gedenkzeichen zum studentischen „Facheinsatz Ost“ nachzudenken, etwa am Bahnhof Charlottenburg, am seinerzeitigen SS-Zentralbodenamt am Oranienburger Tor in Mitte und an der Dahlemer Villa, in der der Generalplan Ost ab 1939 entwickelt wurde. Jene Villa wurde im Jahr 2007 durch den Senat und die TU Berlin verkauft. Von einer Verwendung eines Teils dieser sicher siebenstelligen Summe für Forschung, Aufarbeitung oder Entschädigung im Zusammenhang mit den Verbrechen ist nichts bekannt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Topographie des Terrors vertraten bisher die Position, dass nicht die Universitäten und die Studierenden oder die Arbeitsämter, sondern nur die SS Verantwortung für den Einsatz trügen.

Das ginge auch anders: Der Senat und die Berliner Universitäten könnten durchaus Mittel zur Verfügung stellen um zusätzliche Archivquellen zu erschließen, die letzte Gelegenheit zum Interview mit Zeitzeug\*innen nutzen oder eine Exkursion auf den Spuren des studentischen Facheinsatz Ost in das Wartheland zu organisieren – die TU könnte dazu etwa ihre Partnerschaft mit der TU Poznan nutzen.





## Den Opfern einen Namen geben

**AB 25. APRIL IST DIE WANDERAUSSTELLUNG „OPFER RECHTER GEWALT“ AN DER TU ZU SEHEN**

**D**en Opfern einen Namen geben wollten die beiden Tageszeitungen »Frankfurter Rundschau«, und »Der Tagesspiegel« als sie am 14. September 2000 eine Chronik von 93 Opfern rechter Gewalt seit 1990 veröffentlichten. Die Chronik entfachte einen politischen Streit, weil das Bundesinnenministerium im gleichen Zeitraum nur 24 Todesfälle durch rechte Gewalt registriert hatte. Auf diese Chronik sowie zahlreiche weitere Zeitungsartikel und andere öffentlich zugängliche Informationen greift die Ausstellung zurück. Seit der Vereinigung Deutschlands bis zum Zeitpunkt der Einweihung der Ausstellung Ende 2011 waren es schließlich 169 Menschen deren Tod durch rechts motivierte Gewalttaten nachgewiesen werden konnte.

Manche Fälle führten zu öffentlicher Empörung oder waren Anlässe politischer Kontroversen. Von vielen der Toten jedoch wurde nie ein Foto veröffentlicht, von manchen noch nicht einmal ihre Namen. Es gibt viele Tote, die niemals Schlagzeilen machten und von deren Schicksal keine Statistik zeugt. Die Ausstellung erinnert an diese Menschen und thematisiert zugleich die anhaltende Verdrängung rechter Gewalt.

Ein rechtes Tatmotiv wird von den Ermittlungsbehörden oft nicht in Betracht gezogen, wie es auch im Fall der NSU-Morde offensichtlich wurde. Selbst wenn die Täter bekannt sind wird ihre Motivation oft nicht geprüft und man begnügt sich mit einer Einordnung der Tat als Akt be-

trunkener oder aggressiver Jugendlicher. Hier existiert ein erkennbarer Unwille bei den Ermittlungsbehörden die Dinge beim Namen zu nennen und eigene Vorurteile bestimmen die Bewertung der Ereignisse.

Bis zum heutigen Tag wurden insgesamt 185 Todesopfer rechter Gewalt gezählt – nur 75 von ihnen wurden offiziell von der Bundesregierung anerkannt. Im Jahr

2015 wurden bei den Berliner Registerstellen 320 Angriffe auf Personen durch Rechte gemeldet. Das heißt: Fast täglich werden in Berlin Menschen wegen ihrer (vermeintlichen) Herkunft, sexuellen oder politischen Orientierung oder Religion angegriffen.

## Die rechte Ecke

**M**arkus C. Kerber ist seit 2006 außerplanmäßiger Professor für Öffentliche Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der Fakultät VII (Kapitalistische Glaubenslehre). Wir berichteten schon in der Vergangenheit über die Personalie, da sein Seminar „Verteidigungstechnologie, Streitkräfteökonomik, Geopolitik“ unserer Ansicht nach gegen die Zivilklausel der TU verstößt.

Doch Militär ist nicht Kerbers einziges Hobby: Seit vielen Jahren klagt er und sein Thinktank Europolis vor den Gerichtshöfen Deutschlands und Europas gegen alles was mit der EU im Allgemeinen und Griechenland oder einer „Transferunion“ im Besonderen zu tun hat. Das es ihm dabei nicht um eine Demokratisierung der Institutionen geht, lassen seine Kooperationspartner vermuten, z.B. die AfD-Mitgründer Joachim Starbatty (mitlerweile zu ALFA übergelauften) und Dieter Spethmann (Ex-Thyssen-Chef). Mit anderen rechten Euroklägern wie Karl Albrecht Schachtschneider, der sich derzeit in der deutschen Anti-Asyl-Bewegung hervortut, teilt er Rhetorik und Zielsetzung.

## TU-Professor hält Vortrag in der Bibliothek des Konservatismus

Nun schließt sich der Kreis. Am 14. April will Kerber in der Bibliothek des Konservatismus in der Fasanenstraße auftreten. Thema: „Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört“. Vorsitzender der Bibliotheksstiftung ist Dieter Stein, Chefredakteur der Zeitung Junge Freiheit, die inhaltlich zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus angesiedelt ist.

Neben huldigenden Worten für Faschisten wie Ernst Jünger oder Carl Schmidt stehen dort auch tagesaktuelle Themen auf dem Programm: Meist geht es um die imaginierte Zerstörung von Volk und Nation durch äußere Bedrohungen. Sei es Einwanderung, „Multikulti“ und Political Correctness, Abtreibung und Homosexualität oder die Europäische Union. Die Referent\*innen kommen dabei regelmäßig von der AfD oder dem Institut für Staatspolitik, das schon seit langem Stichwortgeber der extremen Rechten ist. Recherchiert man ihre Namen, zeigt sich, dass viele der Gäste auch schon bei der NPD referiert haben.

» Mehr zur Bibliothek des Konservatismus und der Neuen Rechten ist im AStA-Info Nr. 28 zu lesen.

# Schlechte Zeiten...

## DIE INITIATIVE „BERLIN FÜR ALLE“ STELLT SICH VOR.

**M**ärz 2016. Rosige Zeiten sehen anders aus. Krieg in Syrien und mittlerweile auch in der Türkei, Tausende flüchtende Menschen warten mitten in Europa zwischen Stacheldraht auf Asyl und die AfD zieht in drei Landesparlamente ein.

Aber auch in unserem unmittelbaren Umfeld gibt es mehr schlechte als gute Nachrichten: Schon wieder steigen die Mieten in Berlin, schon wieder kostet das Semesterticket mehr und schon wieder gibt es keine Termine beim Bürgeramt. Schon wieder ein rassistischer Kommentar in der U-Bahn, schon wieder ein Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen und regelmäßig denkt man sich: Es reicht!

Im Januar 2015 haben sich 250 Berlinerinnen und Berliner im Haus der Demokratie und Menschenrechte versammelt, um dem „Es reicht!“ Taten folgen zu lassen. Dabei geht es nicht um die nächste Kampagne für oder gegen etwas, sondern darum, die Lösungen für die unterschiedlichen Probleme nicht länger isoliert voneinander zu suchen. Es geht darum, die Vereinzelung zu überwinden und gemeinsam einen politischen Weg zu finden. Dabei verbindet alle eine Überzeugung: Die derzeitige Situation darf nicht den Rechten überlassen werden. Weder der extremen Rechten, die gegen Geflüchtete und Migrant\_innen hetzen und sie für die soziale Situation verantwortlich machen, noch den Marktradikalen, die mit ihrer Politik der Kürzung und Privatisierung die soziale Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten kaputt gespart haben und den Weg von Konkurrenzdruck, Kürzungen und soziale Spaltung weiter fortsetzen.

Die so geschaffene prekäre Realität ist auch für viele Studierende keineswegs abstrakt. Wer schon einmal Hartz IV beantragt oder um BAföG gekämpft hat, sich die Miete

die Bebauung des Tempelhofer Feldes oder der Kampf um Wagenplätze und soziale Zentren, die akut von Räumung bedroht sind. Es muss Schluss sein mit dem gegeneinander Auspielen der Alteingesessenen und Neuangekommenen und der Unter- gegen die Mittelschicht.

Die politische Situation spitzt sich in den letzten Monaten zu. Überall in Deutschland sind Menschen angekommen und sie wurden mit Ausgrenzung, Abschottung, salonfähigen Rassismus und Nationalismus empfangen. Doch es gibt eine andere Seite. Tausende haben an den Bahnhöfen „Willkommen“ gesagt, haben Häuser besetzt und Küchen für Alle organisiert, haben Deutschkurse angeboten und sind für gleiche Rechte für alle auf die Straße gegangen. Auch an der TU haben sich viele engagiert.

Es ist also alles in Bewegung und Bewegung ist angesagt. Sei es auf dem nächsten Antinaziprotest oder bei der gemeinsamen Verhinderung von Zwangsräumungen. Sei es in der

gemeinsamen Organisation von Deutschkursen oder wenn wir unnütze Großprojekte verhindern und stattdessen Wohnraum für Alle erkämpfen.

Das ist ein Aufruf: Gehen wir gemeinsam zu den nächsten Treffen von Berlin für Alle. Organisieren wir eine Versammlung an der TU. „Berlin für Alle“ bietet eine Plattform – ein Versuch. Gemeinsam zur nächsten Versammlung gehen ist ein Schritt – der nächste ist die erste gemeinsame Aktion – der erste gemeinsame Konflikt, bei dem das daneben stehen nicht mehr der Fall ist. Denn eines ist klar: Sich nicht zu positionieren ist in Zeiten wie diesen nicht mehr möglich.



nicht mehr leisten konnte, drei Minijobs braucht um über die Runden zu kommen oder keinen Kita-Platz findet.

Migrant\*innen werden derweil von rechts mit „Das Boot ist voll“ und „Schießbefehl an der Grenze“ (AfD) begrüßt und von den Wirtschaftseliten in „brauchbar“ und „nicht brauchbar“ eingeteilt. Auch Berlin versucht auf dem Rücken der Geflüchteten neue miserable soziale Standards zu setzen. Aus Wut und Empörung heraus setzt sich „Berlin für Alle“ deshalb eine eigene Agenda und versucht eine neue soziale Allianz zu bilden. Dabei ist der Kampf gegen Lagerunterbringung und für bezahlbaren Wohnraum genauso Ziel, wie der Erhalt der demokratischen Entscheidung gegen

# „Nicht Spalten lassen“

**MIT EINEM KONGRESS AN DER TU MACHTE DIE BERLINER MIETEN-BEWEGUNG IM FEBRUAR AUF SICH AUFMERKSAM. SMALL TALK VON PETER NOWAK MIT RALPH NEUMANN**

## Was war der Anlass für den Kongress?

Mit dem Mietenvolksentscheid 2015 ist es uns gelungen, die Wohnungsmisere zu einem stadtweiten Thema zu machen. Nachdem die SPD ihr eigenes Gesetz gemacht hatte, gab es bei den Aktiven eine Krise. Auf dem Kongress wollten wir neue Perspektiven entwickeln.

## Ist das gelungen?

An der Konferenz haben über 200 Menschen teilgenommen, womit uns ein Neustart für die Berliner Mieterbewegung gelungen ist. Wir haben uns geeinigt, die künftigen Aktionen unter das Motto »Wohnen für alle« zu stellen. Damit wollen wir ausdrücken, dass Mieter mit geringem Einkommen und Geflüchtete zusammen kämpfen und sich nicht spalten lassen sollten. Mit dieser Parole können die Mieter- und die antirassistische Bewegung künftig gemeinsam Proteste organisieren und Pegida und AfD, aber auch der entsolidarisierenden Politik der anderen Parteien etwas entgegensetzen.

**Unter Mietern in der Heidelberger Straße in Neukölln, die gegen den Abriss ihrer Häuser kämpfen, sorgte die Forderung von Stadtteilinitiativen, Geflüchtete sollten in die leeren Wohnungen ziehen, für Streit. Ist die Kooperation an der Basis der Mieterbewegung Konsens?**

Die Forderung der dezentralen Unterbringung der Geflüchteten würden die meisten Mieterinitiativen unterschreiben. Die Lagerbildung und die Sammelunterkünfte werden weitgehend abgelehnt. Es entstehen dort Unterkünfte im Substandard, einkommensschwache Menschen fürchten, dass sie später auch dort landen könnten. Daher ist die Losung »sozialer Wohnungsbau für alle« durchaus konsensfähig.

**Von »Verbietet das Bauen« bis zu »Neuer kommunaler Wohnungsbau jetzt« reichen zurzeit die Forderungen. Wie wurden solche gegensätzliche Anliegen diskutiert?**

Die Zeit, in der gesagt wurde, dass keine Grünflächen verdichtet werden dürfen, ist vorbei. Es gab auf dem Kongress den Konsens, dass Neubau gebraucht wird, allerdings unter der Maßgabe, dass der Quadratmeterpreis 6,50 Euro nicht überschreiten darf und die Häuser komplett in öffentlichem Eigentum stehen müssen. Eine Neuauflage des Berliner Filzes der siebziger Jahre soll ausgeschlossen werden.

**Auf der Auftaktkundgebung äußerte sich ein Mitglied der Bewegung gegen die Hypothekenschulden (PAH) sehr optimistisch über die neue Bürgermeisterin von Barcelona, die aus dieser Bewegung kommt. Ist die PAH für euch ein Vorbild?**

Die Aktivistin hat auch betont, dass die PAH immer eine außerparlamentarische Bewegung war, und in dieser Hinsicht ist sie für uns ein Vorbild. Eine neue Linke wie Podemos existiert bei uns nicht. Die real existierende Linkspartei/PDS hat in der Koalition mit der SPD in Berlin die größte Wohnungsprivatisierung durchgeführt. Daher gibt es für uns nur als außerparlamentarische Kraft eine Perspektive.

**Wieso wollen Sie trotzdem in den bevorstehenden Berliner Wahlkampf intervenieren?**

Wir wollen eine gesellschaftliche Kraft werden, die so stark ist, dass keine Partei unsere Forderungen ignorieren kann. Dass wir von der Politik ernst genommen werden, zeigt sich auch daran, dass an der Konferenz ein Senatsmitarbeiter teilgenommen hat. Als er erkannt wurde, wurde er zum Verlassen des Treffens aufgefordert, weil es eine Perspektivkonferenz der Mieterbewegung war.

Peter Nowak ist freier Journalist und Aktivist aus Berlin.

Ralph Neumann ist Mitglied der Stadt-AG der Interventionistischen Linken Berlin. Die Gruppe gehörte zu den Organisatoren der »stadtpolitischen Aktivenkonferenz« an der Technischen Universität Berlin.

## Buchtipps:

**RESISTING EVICTIONS ACROSS EUROPE**



Die englischsprachige Broschüre der *European Action Coalition for the Right to Housing and the City* gibt einen Überblick über Widerstand und Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen und deren Ursachen in verschiedenen europäischen Ländern. Sie ist frei downloadbar unter: [zwangsraeumungsverhindern.org](http://zwangsraeumungsverhindern.org)

**Fachschafts-Initiativen**

Für verschiedene Fakultäten und Studiengänge gibt es an der TU Fachschaftsinitiativen. Als Zusammenschluss von Studierenden engagieren sie sich in den Gremien und in der Studierendenschaft, bieten Klausursammlungen an und bieten Unterstützung, wenn es Probleme an eurem Fachbereich gibt.

» [astatu.berlin/leben/inis](http://astatu.berlin/leben/inis)

**Online-Campus-Plan**

Auf der Homepage des AstA TU Berlin findet ihr eine interaktive Karte mit den wichtigsten studentischen Orten auf dem Campus.

» [asta.tu-berlin.de/campusplan](http://asta.tu-berlin.de/campusplan)

**AstA-Kalender 2015/16**

Als Wegweiser durch das Studi-Leben an der TU Berlin können wir euch auch den AstA-Kalender empfehlen. Neben viel Raum für eure Notizen bietet dieser Übersichten zu Anlaufstellen, Lernräumen, Inis und mehr.

Erhältlich ist der AstA-Kalender im AstA-Büro im TK-Gebäude.

**Landwirtschaft – Krisenwirtschaft?**

**EIN RÜCK- UND AUSBLICK AUF DEN PROTEST GEGEN DIE GRÜNE WOCHÉ VOM UMWELTREFERAT DES ASTA**



Im Januar 2016 fand erneut die Internationale Grüne Woche statt – die „weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau“. Auf dieser Lobby- und Propagandaveranstaltung der deutschen Agrarindustrie haben Verbraucher\*innen jedes Jahr die Möglichkeit ihr schlechtes Gewissen angesichts der Zustände gegen Häppchen und gezielte Fehlinformationen bzw. die Ausblendung von Tatsachen einzutauschen. Gemeint sind natürlich die aus den Medien bekannten Skandale, etwa der Einsatz diverser Biozide mit all seinen Folgen für Mensch und Umwelt oder der ganz normale Wahnsinn der industriellen Nutztierhaltung.

Die Messe dient zudem als Partnerbörse für Politiker\*innen und Unternehmensverbände der Branche – jenen Entscheidungsträger\*innen, die die Verantwortung für unser aller Gesundheit und eine intakte Umwelt tragen.

Seit 2014 organisieren jährlich verschiedene Tierrechts- und Umweltschutzorganisationen diverse Protestaktionen gegen die Grüne Woche und der durch sie vertretenen kapitalistischen Agrarindustrie. Auch an der TU Berlin organisierte das Umweltreferat des AstA gemeinsam mit der studentischen Tierbefreiungsgruppe „Animal Uni“<sup>2</sup> und dem Aktionsbündnis „Grüne Woche Demaskieren“<sup>3</sup> wieder eine dreiwöchige Vortragsreihe unter dem Titel „Landwirtschaft – Krisenwirtschaft?“ und die dazugehörige Ausstellung „Mensch-Tier-Verhältnis“ mit Beiträgen der Künstler\*innen Hartmut Kiewert, Julia Beutling und Katharina Rot.

In den Vorträgen wurde einerseits die gängige Praxis des bestehenden Landwirtschafts-systems und des Konsumverhaltens vieler Verbraucher\*innen kritisiert, wie die gigantische und steigende Lebensmittelverschwendung der „entwickelten“ Länder, der industriellen Fischerei, der Zerstörung der Regenwälder, Landgrabbing oder den Werbestrategien der

Tierindustrie. Zum Anderen wurden Alternativen aufgezeigt, die einen gerechteren Umgang miteinander und eine ernsthaft nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen ermöglichen könnten.

Unterstützt wurde die Vortragsreihe von Referent\*innen verschiedenster Organisationen, wie dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, dem Nyéleni-Forum für Ernährungssouveränität, der Meeresschutzorganisation The Black Fish, dem Bündnis Tierfabriken-Widerstand oder dem INKOTA-Netzwerk sowie weiteren Akteur\*innen diverser NGOs und Forschungseinrichtungen. Zudem gab es zum ersten Mal für 6 der insgesamt 10 Veranstaltungen Übersetzungen in deutsche Gebärdensprache.<sup>1</sup>

Mit circa 50 Besucher\*innen pro Veranstaltung ist die Vortragsreihe durchaus als positiv zu bewerten. Das gibt uns die Motivation auch für 2017 eine derartige Veranstaltungsreihe zu planen. Die ersten Referent\*innen haben bereits ihr Interesse bekundet.

Wer Lust hat sich an der Organisation der Veranstaltungen oder anderen Protestaktionen gegen die Grüne Woche zu beteiligen, kann sich gerne bei uns melden. Ideen und Vorschläge für weitere Themen und Referent\*innen sind jederzeit willkommen.

Nachtrag: Bereits im Vorfeld zeigten sich die Veranstalter\*innen von ihrer besten Seite. Weil sie darauf bestanden das 25 Ausstellungshallen nicht ausreichen würden die Geflüchteten, welche zuvor in Halle 26 lebten in den wegen erheblicher Asbestbelastung gesperrten Gebäudekomplex des ICC abgeschoben.

1) Einige Videos zu den Vorträgen aus den Jahren 2015 und 2016 sind auf dem YouTube-Kanal „Landwirtschaft – Krisenwirtschaft?“ zu finden. Weitere Infos gibt es auf [gruene-woche-demaskieren.de](http://gruene-woche-demaskieren.de)

# Studentisches 3D-Druck DIY- Café entsteht

**A**uf dem Campus der TU Berlin, im Keller des EB-Gebäude, wo bereits zahlreiche studentische Initiativen ihre Räume haben, soll ein offenes 3D-Druck Café entstehen.

Ziel ist die schrittweise Eröffnung eines 3D-Druck, Repair & DIY Cafés als Ort der Kreativität für Studierende u.a. der Design-, Kunst- & Ingenieurwissenschaften auf dem Campus der TU und UdK. Dadurch soll der interdisziplinäre Austausch von Ideen und deren Verwirklichung angeregt und ermöglicht werden.

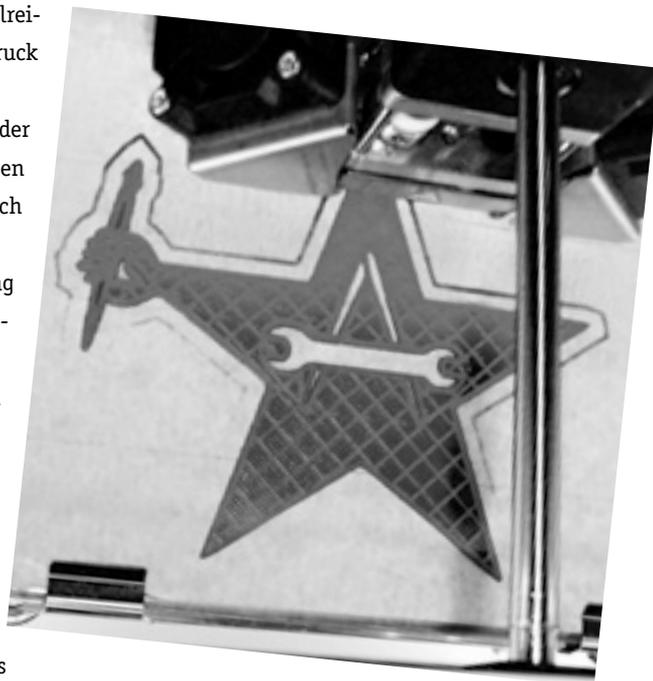
Das Café soll von Gruppen für die Bearbeitung von Projekten, die Umsetzung von individuellen Vorhaben und die Reparatur von Dingen genutzt werden können.

Der erste 3D-Drucker und Handwerkzeug sind bereits vorhanden. Es werden noch weitere einfache Maschinen sowie Möglichkeiten zum Verarbeiten von Textilien (Nähmaschine & Siebdruck) organisiert.

Auch der sozial-ökologische Gedanke sowie die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen, umweltfreundlichen Werkstoffen und Recyclingmaterial, stehen bei diesem Projekt im Vordergrund.

Angestrebt ist eine enge Zusammenarbeit mit Seminaren einschlägiger Studiengänge, und weiteren geeigneten Akteuren innerhalb und außerhalb des Campus Charlottenburg.

Mehr Infos auf: [3D-RepairCafe.de/makerspace](http://3D-RepairCafe.de/makerspace)



## Digital Freedom 101

### EIN WEGWEISER FÜR (NOCH-) NICHT-NERDS

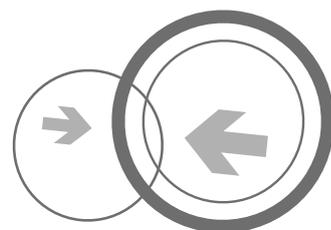
**B**ei Cryptoparties, treffen sich Menschen, die etwas über Verschlüsselung von Emails, Chats oder Festplatten, sicherem Surfen im Internet (bspw. mit dem TOR-Netzwerk) oder Passwortsicherheit lernen oder lehren wollen. Das Ziel von Cryptoparties ist es Menschen die Fähigkeit zu geben, Verschlüsselung nicht nur zu nutzen sondern auch weitergeben zu können.

So sind Menschen bei ihrer nächsten Cryptoparty vielleicht schon in der Lage anderen etwas zu erklären. Ein Informatikstudium braucht es nicht um an einer teilzunehmen. Cryptoparties sind meist gemütliche Runden bei denen sich Menschen mit ihren Laptops oder Smartphones treffen und untereinander austauschen können. Hin und wieder finden auch Cryptoparties in Studi-Cafés an der TU statt, z.B. im i-café oder in der Zwillie.

**F**reifunk ist eine nicht-kommerzielle Initiative, die es ermöglichen will, allen Menschen einen sicheren und freien Zugang zum Internet zu ermöglichen. Jede\*r kann mitmachen. Es geht darum, dass möglichst viele Menschen Zuhause, in Bars oder Cafés einen Freifunkrouter aufstellen. Diese vernetzen sich untereinander oder teilen über eine sichere Verbindung (VPN) des Freifunk-Vereins den vorhandenen Internetanschluss. So entsteht ein großes Netzwerk und jeder Mensch, der in Reichweite ist, kann über das offene WLAN ins Internet. Dies passiert nicht nur in Großstädten wie Berlin oder Hamburg, sondern auch immer mehr in ländlicheren Regionen, wo sich Dörfer über lange Funkverbindungen vernetzen.

Ein freier und sicherer Zugang zum Internet ist wichtig, denn dieser bedeutet einen Zugang zu Informationen. Sei es der Termin beim Amt, ein Artikel zu einem beliebigen Thema oder das Übersetzen in andere Sprachen. Nicht nur an Flüchtlingsunterkünften, in deren Umgebung mittlerweile immer häufiger Freifunk-Knoten zu finden sind, auch in Studierendenwohnheimen oder im eigenen Haus hilft das Freifunknetz Menschen.

**CRYPTOPARTY**  
» [check: cryptoparty.in/berlin](http://cryptoparty.in/berlin)



**freifunk.net**

# Innenansichten

## AMBIVALENZRAUM UNIVERSITÄT AUS DEM NEOFELIS VERLAG



**A**usgangspunkt des Essaybandes ist die Feststellung, dass die Erzählung von der „Ökonomisierung“ einer an sich freien und an keinen Zweck gebundenen Universität durch die neoliberale Sparpolitik keine ausreichende Beschreibung der Realität bietet. Im Gegenteil verdecke sie sogar inneruniversitäre Widersprüche und Machtgefälle. Schaut man sich manche Studierendenproteste der jüngeren Vergangenheit an, in denen eigentlich überhaupt nichts gefordert wird, außer dass die eigene Universität mehr Geld bekommt, fällt es leicht dieser Prämisse zuzustimmen. Stattdessen möchte der Band „machtkritische“ Perspektiven auf die Universität versammeln, mit dem Ziel „neue, emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten“ aufzuzeigen.

Der Großteil der Aufsätze nimmt die Perspektive des sogenannten akademischen Nachwuchses ein (womit im Sprachgebrauch der Wissenschaftspolitik alle gemeint sind, die keine Professur inne haben). Die Kritik an den prekären Bedingungen einer solchen Laufbahn bildet einen Schwerpunkt des Bandes. So richtet sich die Hrsg. Doris Pany bereits im Vorwort gegen das irreführende Label der familienfreundlichen Hochschule: Schon aufgrund der herrschenden Arbeitsbedin-

gungen kann diesem Anspruch eigentlich keine Universität gerecht werden.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch der Beitrag von Enriquerodrigues-Moura, der sich dem Problem von Machtkonzentration auf Seiten der ProfessorInnen einerseits und der Einschränkung wissenschaftlicher Freiheit andererseits widmet. Er legt überzeugend dar, wie die Reduzierung dieser Macht – durch eine bessere Entlohnung und mehr institutionelle Gestaltungsmöglichkeiten für den Mittelbau (d.h. alle anderen wissenschaftlichen Mitarbeiter) – zu einer Erweiterung wissenschaftlicher Freiheit führen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Formen des Erkenntnisgewinns, die Alternativen bzw. Ergänzungen zu den sonst an Universitäten üblichen bieten. So findet sich ein Text zur Bedeutung der Psychoanalyse für die Kulturwissenschaften (Daniela Finzzi), eine Beschreibung der Interventionsforschung durch einen Fachbereichsleiter an einer Technischen Hochschule (Roland Schuster) und ein Fragment des Posaunisten und künstlerischen Forschers Bertl Mütter.

Das harmoniert mit der Intention der Hg. einen „Pluralismus der epistemologischen Text-Möglichkeitenformen“ zu ermöglichen. Vom kritischen Erfahrungsbericht einer ehemaligen Kunststudentin bis hin zur eher klassischen Romananalyse ist alles dabei.

Während die Zusammenstellung der Texte aber fast schon beliebig wirkt, sind die individuellen Perspektiven der Autor\*innen auf den „Raum“, das „System“ oder wahlweise auch das „Heterotop“ Universität dann schon wieder ziemlich einseitig: Die Autor\*innen sind fast ausnahmslos Kulturwissenschaftler\*innen. Das macht sich sowohl in der Themenwahl, als auch der Form bemerkbar. Besonders dann, wenn versucht wird möglichst viele theoretische Bezüge herstellen – was in derart

knapper Form nur wenig Erkenntnis, dafür aber einen im Verhältnis zur Textlänge riesigen Fußnotenapparat mit sich bringt – erinnert das sehr an den Stil kulturwissenschaftlicher Aufsätze, wie sie der Universitätsbetrieb zur Genüge hervorbringt.

Unverständlich bleibt auch die wiederholte Abgrenzung ihres Vorhabens durch die Hg. von „rein ökonomisch orientierten Diskursen“ und „überhöhten Idealen“. Man wird das Gefühl nicht los, das damit eine Sichtweise eingenommen wird, die die Hochschule nicht als Teil einer gesellschaftlichen Totalität und ihrer ökonomischen Zwänge begreifen will und auf Utopien (die ja keineswegs bei Humboldts Staatsbürgererziehung stehen bleiben müssen) verzichtet.

Dies wird insbesondere deutlich, wenn Mitherausgeber Gerald Lind resümiert, dass man nicht mehr von Universität und Wissenschaft erwarten solle, als „Offenheit und [...] In-den-Diskurs-Nahme des Anderen“. Fragen nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft (Was wird hier für wen erforscht?) oder der Rolle von Hochschulen bei der Reproduktion gesellschaftlicher Arbeitsteilung (Wer darf studieren? Wie ist der Zusammenhang zwischen akademischer Bildung und materiellem Wohlstand und dem Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen?) und Ideen zur Transformation der innergesellschaftlichen Funktion von Universität spielen in hier nur eine untergeordnete Rolle.

Für Studierende, die sich erstmals eine fundierte Kritik des Universitätssystems in der heutigen Gesellschaft aneignen möchten ist *Ambivalenzraum Universität* nur bedingt zu empfehlen. Für alle, die sich ohnehin mit den besprochenen Themen auseinandersetzen oder Anregungen für weiterführende Lektüre suchen bietet das Buch aber einige interessante Beiträge.



### **aBib – die alternative Bibliothek im AStA**

Über tausend spannende Bücher und Zeitschriften aus dem Umfeld emanzipatorischer Politik findet ihr in der aBib in den Räumlichkeiten des AStA. Viele der Bücher sind in gewöhnlichen Bibliotheken und Buchläden schwierig aufzutreiben. Außerdem beherbergt die Bibliothek das umfangreiche AStA-Archiv – inklusive Flugblättern aus wilderen Tagen und AStA-Infos aus Zeiten, als diese Publikation mangels Internet noch wöchentlich erschien.

» [asta.tu-berlin.de/service/bibliothek](http://asta.tu-berlin.de/service/bibliothek)



### **Buchtipps der aBib:**

*Emily Ngubia Kuria: eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen* (Verlag w\_orten & meer, 2015)

*Die unternehmerische Hochschule. Zwischen Bildungsanspruch und Standortsicherung.* (Torsten Bultmann zum 60. Geburtstag. (Reihe Hochschule des BdWi, 2014)

*Michael R. Marrus: Die Unerwünschten - The Unwanted. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert* (Schwarze Risse/Rote Straße/VLA, 1999)



## **Religion - Universität - Kapitalismus**

**ÜBER DIE SCHLIESSUNG DER ISLAMISCHEN GEBETSÄRÄUME AN DER TU UND DIE „NEUTRALITÄT DER HOCHSCHULE“ VON GUSTAV MÜHSAM & ZENZL LANDÄUER**

**Z**um 1. März hat das Präsidium der Uni, mit Verweis auf die „Neutralität der Hochschule“, die Schließung des muslimischen Gebetsraumes verfügt und stellt auch die Turnhalle im Hauptgebäude nicht mehr für das Freitagsgebet zur Verfügung. Nicht nur die muslimischen Studierenden fragen sich, was mit dieser „Neutralität“ eigentlich gemeint ist?

Ist eine Hochschule „neutral“, bloß weil sie keine Räume für die Ausübung der Religion zur Verfügung stellt? Wenn ja, warum gibt es noch regelmäßige Räume für die Bibelstunde?

Ist eine Universität „neutral“, wenn auf ihren Gebäuden in großen Lettern die Namen (inter-)nationaler Großkonzerne prangen? Oder verliert sie gar ihre „Neutralität“ wenn sie zur bloßen Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs auf Drittmittel aus der privat Wirtschaft angewiesen ist? Kann eine Institution, die die Aufgabe der Wissensvermittlung hat, überhaupt „neutral“ sein? Und wenn ja, was ist dieses „neutral“ überhaupt?

Sicherlich kann jeder versuchen sich in einigen Situationen/Konflikten neutral verhalten, aber eine universelle Neutralität gibt es nicht. Kann es denn wenigstens religiöse Neutralität geben und wenn ja, wie sieht sie aus?

Häufig hört man ja, das es „bei uns im Abendland“, die Trennung von Staat und Kirche gäbe, aber das die regierende Christlich-Demokratische Partei wirklich keinen Einfluss auf die Politik oder die Uni haben soll, ist wohl eher ein Märchen. Dazu kommen christliche Feiertage, die vom Staat erhobene Kirchensteuer und

und und... Wer an die Trennung von Staat und Kirche glaubt, der kann auch gleich an Gott glauben; oder an den Weihnachtsmann. Wobei letzterer von Gott ja schon „privatisiert“ werden musste: Coca-Cola hat beim christlichen Ausverkauf wohl am meisten Geboten. Überhaupt geht es doch bei Weihnachten, Ostern fast nur noch um den Konsum, der Kapitalismus hat die Feiertage übernommen und schafft sich mittlerweile sogar selber welche (z.B. Cyber-Monday). Oder wie Walter Benjamin sagte: „Das Christentum hat sich in den Kapitalismus umgewandelt“, indem es von „seinem Parasiten, dem Kapitalismus, gleichsam aufgezehrt worden sei.“

Wenn wir nun also den Kapitalismus, mit seinen Glaubenssätzen von „ewigem Wachstum“ und „Wohlstand durch Wachstum“, als Religion - oder zumindest als Weltanschauung - ansähen, müssten wir dann nicht auch einsehen, das eine Universität die nach kapitalistischen Maßstäben Wissen vermittelt, Projekte realisiert und Budgets plant niemals „neutral“ sein kann. Oder bedeutet umgekehrt, „Neutralität“ im kapitalistischen Sinne die Entfernung aller nicht-verwertbaren Elemente aus Lehre und Forschung?

**Bands fürs Sommerfest gesucht!**

Auch in diesem Jahr organisiert der AStA gemeinsam mit studentischen Initiativen ein Sommerfest auf dem Campus. Dafür suchen wir noch Bands und Künstler\*innen aus dem Bereich Punk, Electro, Rap, Offbeat, Schlager, Pop, Doom & Death Metal sowie Percussion auf Mülltonnen. Falls ihr euch nicht angesprochen fühlt, bewerbt euch bitte trotzdem. Spesen und eine kleine Aufwandsentschädigung werden vom AStA gezahlt.

Demo/Link bitte an [sommerfest@asta.tu-berlin.de](mailto:sommerfest@asta.tu-berlin.de)

**Deutschkurse in der Zwille**

Im selbstverwalteten Raum Zwille im Z-Gebäude finden täglich Deutschkurse (nicht nur) für Geflüchtete statt. Kurszeiten sind Montag bis Donnerstag jeweils 18:30 - 20:15 Uhr. Es werden auch stets neue Lehrer\*innen gesucht. Voraussetzungen sind Zeit für einen regelmäßigen Termin, Geduld und Zuverlässigkeit. Lehrmaterialien sind vorhanden und unterrichtet wird stets gemeinsam mit anderen Lehrer\*innen.

Mehr Informationen auf der Seite "Zwille Deutschkurs" auf Facebook oder persönlich vor Ort.

# Let's end Rape Culture!

## WARUM ÜBERGRIFFE ALLTÄGLICH SIND UND WAS WIR DAGEGEN TUN KÖNNEN VON FRAUEN\*REFERAT

Triggerwarnung: Schilderung sexualisierter Gewalt (Fußnote 2)

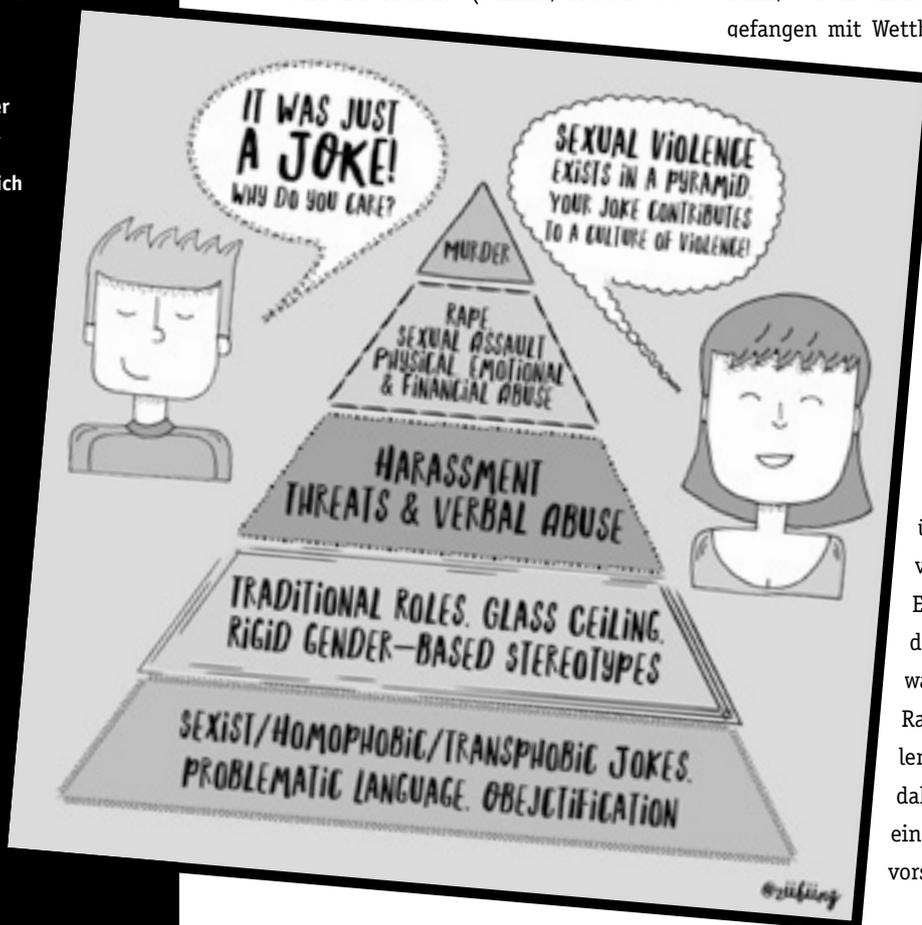
In einem Punkt sind sich die meisten Menschen einig: Vergewaltigungen sind mehr als scheiße und müssen auf jeden Fall verhindert werden. Wie das nun genau passieren soll - nun, da scheiden sich wiederum die Geister. Da in patriarchaler Logik die Verantwortung Frauen\* zugeschoben wird, ist es leider immer noch sehr üblich, ihnen „gute Ratschläge“ zu geben und es ihnen anzulasten, falls sie diese nicht einhalten: „Selbst schuld, wenn Dein Rock zu kurz ist“ oder „wenn Du zu viel getrunken hast“ oder „Du warst alleine draußen?“ oder auch #einearmlaenge. Außer natürlich, wenn die Täter nicht weißdeutscher Herkunft sind - dann verwandeln sich die schlimmsten konservativen Politiker\*innen und Antifeminist\*innen plötzlich in Frauenrechtler\*innen in spe - schließlich geht es ja um den Schutz „unserer Frauen“ (stimmt, Frauen\* be-

finden sich ja auch in Besitz ihrer jeweiligen Väter, Ehemänner oder Nation). Was fehlt sind mehr Ermahnungen an Männer\*, die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen\* zu respektieren und an Richter\*innen, endlich aufzuhören, die falschen Fragen zu stellen. Der Umgang mit Vergewaltigungen ist selbst geprägt von einer nach wie vor auch hierzulande dominierenden Rape Culture.<sup>1</sup>

Dazu gehört auch die Szene der sogenannten Pick-Up-Artists (PUA). Berühmte PUA, sogenannte „Gurus“ bieten dabei Seminare an, in denen ihre Anhänger lernen sollen wie sie Frauen\* verführen. Es geht dabei um die Erlernung psychischer und physischer Manipulationstechniken, die vorgeblich Durchsetzungsfähigkeit und Selbstsicherheit im Beruf und Alltag sichern sollen. Der „selbstsichere Mann“ wendet dann, gemäß der Erkenntnisse in den Seminaren, das Erlernte gegen Frauen\* an. Sie geben sich in Foren Tipps und messen sich darin, wer die meisten Frauen\* „erobert“, anfangen mit Wettbewerben über die höchste

Anzahl an erworbenen Handynummern in der Einkaufspassage bis hin zur gezielten Grenzüberschreitung gegenüber ihren „targets“.

Es handelt sich dabei also keineswegs um eine harmlose Freizeitbeschäftigung, sondern eine systematische Objektivierung von Frauen\* und die Einübung und Normalisierung von sexualisierter Gewalt. Es ist also nur folgerichtig, dass einige von ihnen Vergewaltigungen - im „privatem Rahmen“ - legalisieren wollen. Die nicht existente Logik dahinter: Frauen\* würden bei einer derartigen Rechtslage vorsichtiger werden und die



## **26. April, 19.00 Uhr:**

Vortrag: „Die (un)hörbare Diskriminierung der tauben Menschen“

Referentin: Melanie Stampaert

## **Ende April:**

FLTI\*DJ-Workshop (Anmeldung bis 14.4.)

## **24. Mai, 19.00 Uhr:**

Vortrag: „Misogynie in der queeren Szene“

Referent\_in: Hengameh Yaghoobifarah

## **21. & 25. Mai**

„About a board – Skateboardbau- und Fahrworkshop“:

Boards basteln & fahren an zwei Samstagen im Mai (21.05.16 bauen; 28.05.16 fahren)

## **t.b.a.**

Buchvorstellung „We love Code!“ durch die Autorinnen Julia Hoffmann und Natalie Sontopski (Gründerinnen der Leipziger „Code Girls“, einem Netzwerk von DIY-Programmiererinnen)

## **Juni:**

Basic Workshop: Was ist (Queer-)Feminismus?

Referentin: EAG

## **Juli:**

Vortrag „Islamic Feminism“

alle aktuellen Termine, sowie die Öffnungs- und Plenarzeiten des Frauen\* und des Queer-Referates findet ihr auf:

[asta.tu-berlin.de/asta/frauen](http://asta.tu-berlin.de/asta/frauen) bzw.

[asta.tu-berlin.de/asta/queer](http://asta.tu-berlin.de/asta/queer)



Zahl der Vergewaltigungen daher sinken.

Doch die selbsternannten „Abschlepp-Künstler“ müssen mittlerweile mit Widerstand rechnen.

Der Fall des PUA Julien Blanc<sup>2</sup> ging 2014 durch die Medien und sozialen Netzwerke - er versuchte weltweit Seminare abzuhalten, in denen er besonders gewaltsame „Techniken“ vorstellte.<sup>3</sup> In mehreren Ländern folgten Aktionen gegen seine Auftritte und in manchen wurde ihm daraufhin sogar die Einreise verwehrt.

Im Februar dieses Jahres hatte der PUA „Roosh V.“ unter dem Hashtag #legalizerape (Vergewaltigung legalisieren) seine Anhänger weltweit zu Versammlungen aufgerufen, auch in Berlin. Aufgrund der angekündigten Gegenproteste wurde befürchtet, nicht für die Sicherheit der Männer sorgen zu können und das Seminar wurde abgesagt.

Erst kurz zuvor hatte der AStA der Universität Frankfurt zwei Artikel zum Thema in seiner Zeitung veröffentlicht und die Szene mit sexuellen Übergriffen auf dem Campus in Zusammenhang gebracht. Ein Frankfurter Student, der selbst Seminare als PUA gibt und namentlich im Artikel erwähnt wurde, klagte gegen die Veröffentlichung und gewann den Prozess. Das Gericht ging bei seinem Urteil sogar noch weiter und stellte neben einer Persönlichkeitsverletzung des Klägers auch ein Überschreitung des hochschulpolitischen Mandats auf Seiten des AStA fest. Daraufhin veröffentlichten Studierendenvertretungen bundesweit die Artikel erneut um gegen das Urteil zu protestieren.<sup>4</sup>

Abschließend bleibt festzuhalten: Bei sexualisierter Gewalt handelt es sich weder um die Taten einzelner Verwirrter, noch um eine kulturelle Eigenheit nicht-europäischer Männer\*. Sie ist weltweit Teil eines gesamtgesellschaftlichen Kontext, in dem Sexismus, Rassismus und FLTI\*-Feindlichkeit<sup>5</sup> alltäglich sind. Sie sind nur die Spitze des Eisberges, dessen Fundament sich scheinbar unsichtbar in unserem Alltagsleben erstreckt.

Deshalb: NEIN heißt NEIN! Und ein Ja ist nur ein Ja, wenn ein Nein uneingeschränkt möglich ist. Frauen\*, lasst uns solidarisch mit anderen Frauen\* sein! Männer\*, organisiert euch Workshops und Arbeitskreise zu kritischem Männlich\*sein und hört zu, wenn euch Menschen sagen, sie werden diskriminiert - wenn ihr die Diskriminierung nicht wahrnehmt, ist das euer Privileg und heißt nicht, dass sie nicht existiert.

Respektiert persönliche Grenzen, nehmt nicht so viel Raum ein und sprecht andere Leute auf solches Verhalten an. Das Gleiche gilt bei sexistischen Bemerkungen vor allem in Männer\*runden - „War doch ein Witz, hab dich nicht so“, ist kein Argument. Wenn sexualisierte Gewalt lächerlich gemacht oder verharmlost wird, zeigt, dass ihr das nicht witzig findet!

Ein\*e Verbündet\*e im Kampf gegen Diskriminierung wirst du nicht durch bloßes Bekenntnis, sondern durch Aktionen und stetige Selbstreflexion des eigenen Verhaltens und der eigenen Privilegien.

Zu guter Letzt: es gibt keine „Blurred Lines“, Robert Thicke, auch wenn dein Lied noch so ohrwurmverdächtig sein mag - ich will es auf keiner Party hören müssen!

- 1) [feminismus101.de/rape-culture](http://feminismus101.de/rape-culture)
- 2) [fantifafrankfurt.wordpress.com/tag/julien-blanc/](http://fantifafrankfurt.wordpress.com/tag/julien-blanc/)
- 3) Zitat Blanc: „Ich lief durch die Straßen und zog ihre Köpfe an meinen Schwanz.“ Blanc erfand auch den Hashtag #ChokingGirlsAroundTheWorld („Mädchen Würgen auf der ganzen Welt“)
- 4) Die zensierten Texte sind u.a. auf unserer Homepage abrufbar: [astatu.berlin/publikationen/pua](http://astatu.berlin/publikationen/pua)
- 5) FLTI\* steht für FrauenLesbenTransInter-Personen

# TERMINE SOMMERSEMESTER 2016

22. April | AStA TU

**Semestereröffnungsparty  
(Soli für TV-Stud-Ini)**

25. April | 16 Uhr | Senatssaal HU

**Auftaktveranstaltung der  
TV-Stud-Kampagne**

25. April - 10. Juni

**Ausstellung „Opfer rechte  
Gewalt“**

27. April | 11 Uhr | Gesundbrunnen

**Refugee Schul- und Unistreik**

03. Mai | 14 Uhr | CR 270

**Studentische Vollversammlung**

11. Mai | 16.30 Uhr | Cafe Planwirtschaft

**Offenes Plenum der Linken  
Liste**

10. Juni | 16 Uhr

**AStA-Sommerfest**

13. - 17. Juni

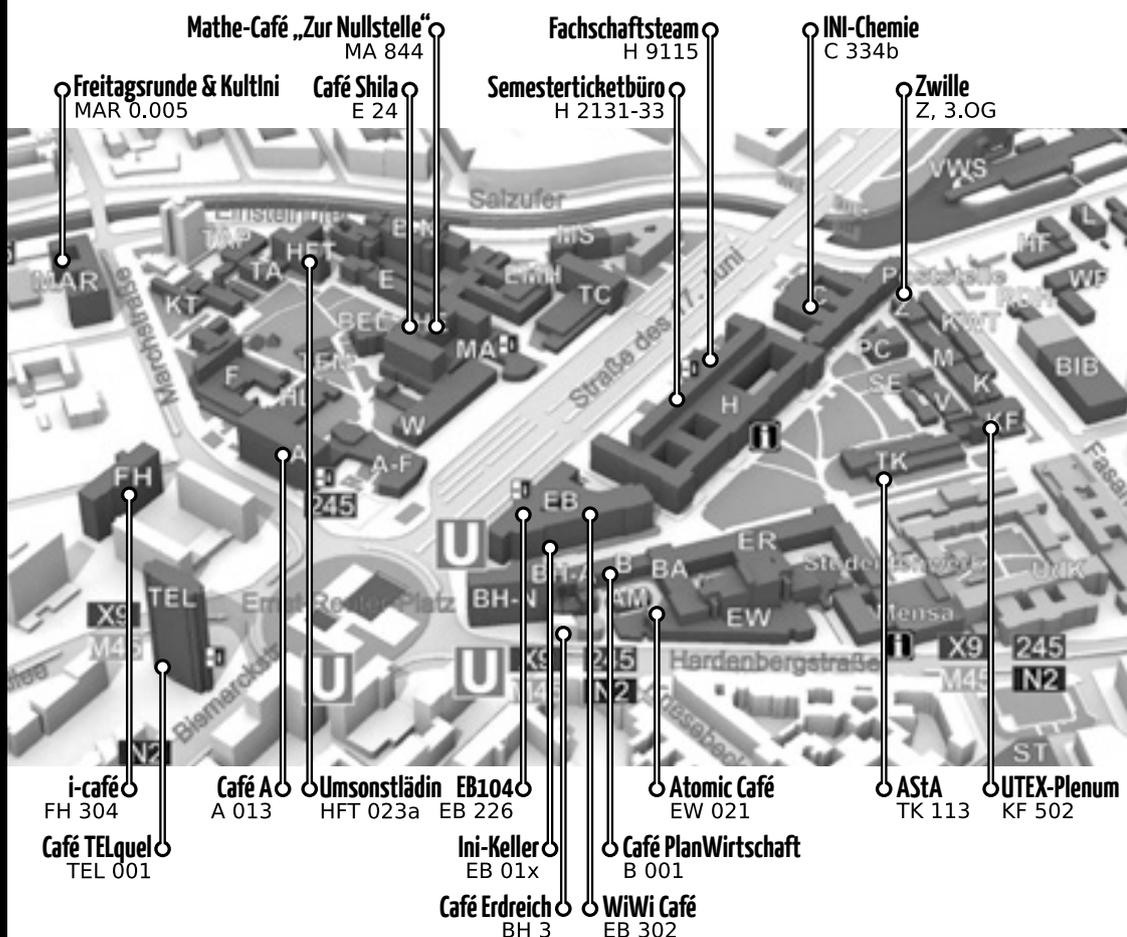
**Wahlen zum Studierenden-  
Parlament (ohne Gewähr)**

30. September - 03. Oktober

**Internationale Friedenskonferenz des IPB mit Noam**

**Chomsky, Samir Amin u.A.**

**Veranstaltungen des Frauen\*-Referats siehe Seite 27**



## ASTA TU BERLIN

Straße des 17. Juni 135 • 10623 Berlin  
TK-Gebäude • 3. Obergeschoss • Sekr. TK 2  
Aktuelle Öffnungszeiten unter  
[asta.tu-berlin.de/service](http://asta.tu-berlin.de/service)

### Büro-Anlaufpunkt

+4930 314-25683 • [buero@asta.tu-berlin.de](mailto:buero@asta.tu-berlin.de)

### Finanzierung

+4930 314-27806 • [finanzreferat@asta.tu-berlin.de](mailto:finanzreferat@asta.tu-berlin.de)

### Technikpool

+4930 314-29099 • [technikpool@asta.tu-berlin.de](mailto:technikpool@asta.tu-berlin.de)

### Bibliothek

[bibliothek@asta.tu-berlin.de](mailto:bibliothek@asta.tu-berlin.de)

### Bafög- und Sozialberatung

+4930 314-27482 • [sozialberatung@asta.tu-berlin.de](mailto:sozialberatung@asta.tu-berlin.de)

### Hochschulberatung

+4930 314-23960 • [hochschulberatung@asta.tu-berlin.de](mailto:hochschulberatung@asta.tu-berlin.de)

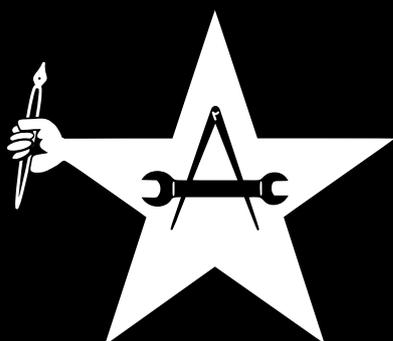
### Beratung für internationale Studierende

+4930 314-27482 • [stud-int@asta.tu-berlin.de](mailto:stud-int@asta.tu-berlin.de)

### Semesterticket-Büro

TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33

+4930 314-28038 • [asta.tu-berlin.de/semnix](http://asta.tu-berlin.de/semnix)



Immer aktuell: [www.astatu.berlin](http://www.astatu.berlin)  
[twitter.com/astatu](https://twitter.com/astatu) | [facebook.com/astatu.berlin](https://facebook.com/astatu.berlin)